Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 40. Sonnabend den 17. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Bei dem Protest

gegen den Millionen verschlingenden Flottenplan darf kein Steuerzahler fehlen!

Schutz des Seehandels.

I.

○ Sehr breitspurig und mit großem Wohlbehagen behandelt die Denkschrift die Entwickelung des überseeischen Handels, den es angeblich durch Panzerschiffe zu beschützen gilt. „Der Seehandel umfaßt gegenwärtig bereits mindestens 70 Prozent des ganzen Handels", verkündet triumphirend die Denkschrift. Es verlohnt sich, näher zu prüfen, was es mit diesen 70 Prozent für eine Bewandtniß hat bezw. was es dabei zu beschützen giebt.

Auffallend, allen politischen Grundsätzen hohnsprechend ist es schon, daß die Flottenvorlage von einem Seekriege überhaupt spricht, von dem Seekrieg, ohne anzugeben, welche politische Kombinationen sie sich dabei denkt. Dieses summarische und zugleich abstrakte Verfahren hat man bis jetzt noch niemals gewagt. Selbst während des schlimmsten Kriegswauwaus 1887 verwies man doch immerhin auf den „Krieg mit zwei Fronten", gegen Rußland und gegen Frankreich, und scheute sich vorm Krieg im Allgemeinen, gegen alle Welt sammt und sonders zu sprechen, wie man es jetzt beim Seekrieg thut.

Also gegen wen der Krieg? Woher drohen die Gefahren? Danach sind auch die Verhaltungsmaßregeln und das Schutzbedürfniß abzuschätzen.

Bei einem Seekrieg ist vor Allem die Frage nicht zu umgehen: mit oder gegen England? Das bezweifelt noch kein Mensch, daß, wenn man England zum Bundesgenossen hat, man dieser weltbeherrschenden Seemacht getrost die Führung und die Kosten des Seekrieges überlassen kann. Also ist die Eventualität eines Krieges gegen England in Betracht zu ziehen. Sehen wir zu, wie sich dabei die Interessen des deutschen Seehandels stellen.

Für 1898, für welches Jahr die Denkschrift einen detaillirten Nachweis giebt, betrug der Seehandel Deutschlands 69,7 Prozent des gesammten Außenhandels. Wir lassen es dahingestellt, inwiefern diese Zahl zutrifft. Die statistische Methode, mit der sie erlangt wurde, ist jedenfalls auch sehr anfechtbar. Doch nehmen wir es hin.

Von diesen 69,7 pCt. entfallen 17,2 auf England. Es ist klar, daß, wenn man mit England einen Krieg führt, der Handel mit diesem Lande unterbleibt. Diese 17,2 pCt. des deutschen Außenhandels, ein Viertel des deutschen Seehandels, sind also durch keine Panzerschiffe zu schützen. Im Gegentheil, die Panzerschiffe werden vielmehr die Bestimmung haben, diesen Handelsverkehr zu zerstören.

Von den noch verbleibenden 52,5 pCt. des Außenhandels entfallen 12 pCt. auf Rußland. Um diesen Handel zu stören, müßte die englische Kriegsflotte bis nach Königsberg und Danzig vordringen. Das wäre ein sehr langer und gefahrvoller Weg für die englischen Panzerschiffe, zumal wenn Deutschland Dänemark zum Bundesgenossen hätte. Aber selbst wenn die englischen Schiffe so weit gekommen wären, so wäre doch eine Blockade von Königsberg und Danzig für England sehr schwer durchzuführen, weil es in jenen Gewässern keine Kohlenstation, überhaupt keinen Stützpunkt für seine Flotte besitzt. Und selbst, wenn das gelungen wäre, so wäre es damit noch nicht gethan, sondern es müßten auch noch die russischen Häfen Riga und Libau, die den Seeverkehr zwischen Deutschland und Rußland ebensogut vermitteln könnten, wie Memel und Königsberg blockirt werden. Im Falle einer Neutralität Rußlands wäre es undenkbar; in dem wahrscheinlicheren Fall eines Zusammengehens von Deutschland und Rußland gegen England würde die russische Kriegsflotte es diesem auch die Blockirung der deutschen Häfen der Ostsee erst recht zur Schwierigkeit machen. Aber selbst wenn die sämmtlichen deutschen und russischen Häfen blockirt wären, so bleibt noch die Möglichkeit des Handelsverkehrs zu Lande, und zwar nicht nur die Eisenbahnen, sondern die Wasserstraße von Warschau nach Berlin, bezw. Frankfurt a. O. und Magdeburg. Und wenn man hier ein Uebriges thun will, so giebt es nichts Besseres, als den Bau des Mittellandkanals.

Wegen des Handels mit Rußland im Falle eines Seekrieges hegt man keine ernstlichen Besorgnisse und keinesfalls sind sie so groß, um den Bau kostspieliger Kriegsflotten zu rechtfertigen. Bleiben also nur noch 40,5 pCt. des Außenhandels.

Es wird Mancher erst aus der Denkschrift zu seiner Ueberraschung erfahren haben, daß Deutschland mit Rumänien und den Balkanstaaten einen Seehandel treibt. Und allerdings war das eine staunenswerthe Leistung der Gelehrten der Denkschrift, zu der mancherlei gehörte. Erstens mußte dazu der Transit, der Verkehr über Oesterreich, gänzlich ignorirt werden. Zweitens mußte man die Klassifikation blos auf Grund der Einfuhr aufgestellt haben, was die Herren nicht verhindert, nachher in ihrer Berechnung die Summe bei der Ein- und Ausfuhr zu verwerthen. Drittens mußte man die Klassifikation nach Gewichtmengen machen, während man in die Rechnung die Werthzahlen setzte. Viertens mußte man für den Seehandel nicht die wirklichen Gewichtszahlen sondern den Raumgehalt der beladenen Schiffe zur Grundlage nehmen, wobei man die Ladung stets als voll annahm, während sie meistens nicht voll ist.

Es ist fast ausschließlich Getreide, das von den Balkanstaaten nach Deutschland über die See geht, der meiste andere Verkehr kommt immer mehr auf die Wasserstraße der Donau und die Eisenbahnen. Das Projekt der Fortsetzung der orientalischen und anatolischen Eisenbahn bis an den Persischen Golf — wofür bekanntlich der Kaiser persönlich eintrat — hätte für Deutschland keinen Werth, wenn die deutschen Kaufleute erst eine Seereise um ganz Europa machen müßten, um nach den Balkanstaaten bezw. nach Kleinasien zu gelangen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.")

Berlin, den 15. Februar 1900.

Im Reichstag gab der Rest des Kolonialetats keinen Anlaß zu weiteren Debatten. Dann wurde der Etat der Eisenbahnverwaltung in Angriff genommen. Die Debatte drehte sich um zwei Resolutionen des freisinnigen Abgeordneten Müller-Sagan, die eine Vereinheitlichung und Verbilligung der Personentarife und im besonderen eine Verbilligung des Tarifs für Militärurlauber forderten. Herr Thielen vertrat den plattfiskalischen Standpunkt der von einer Verbilligung der Tarife im Interesse des Verkehrs nichts wissen will. Er leistete sich dabei die Behauptung, daß die Tarife seiner Verwaltung billiger seien als die meisten des Auslandes. Er wurde aber sofort von den beiden Elsässern Riff und Hauß dahin belehrt, daß Frankreich neuerdings eine recht erhebliche Herabsetzung der Personentarife vorgenommen habe. Nur die Agrarier standen auf der Seite des Ministers. Sie erblicken ja in jeder Verbilligung der Tarife eine weitere Erleichterung der Landflucht und ein Anwachsen der großen Städte, die ihnen ja, soweit ihr persönliches Vergnügen in Frage kommt, nicht verhaßt sind, die sie aber als Zentren der Industrie und der Sozialdemokratie auf das Aeußerste hassen. Sie verlangten ihrerseits eine Verbilligung der Gütertarife und diese Forderung wurde von dem Abgeordneten Müller-Sagan in seinen Resolutionen mit aufgenommen. Zu einer Abstimmung kam es aber heute noch nicht; sie wurde bis zur dritten Lesung verschoben.

Die weitere Debatte verlief ganz uninteressant. Morgen soll sie fortgesetzt werden. Außerdem steht der Antrag Münch-Ferber auf Errichtung von Handelskammern im Auslande auf der Tagesordnung.

149. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr

Am Bundesrathstisch: v. Buchka, Thielen.

Die zweite Berathung des Kolonialetats wird fortgesetzt und mit Ausnahme der an die Budgetkommission zurückverwiesenen Theile erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Etats für die Reichs-Eisenbahnverwaltung.

Zum Kapitel „Centralverwaltung" beantragt Abg. Dr. Müller-Sagan (FVp.) eine Resolution, nach der der Reichskanzler dahin wirken soll, daß

1) bei Beurlaubungen von Mannschaften die Vergütung für das Kilometer von 1,5 Pfg. auf 1,0 Pfg. ermäßigt werde und

2) die Personentarife der Eisenbahnen baldmöglichst verbilligt und vereinfacht werden.

Preußischer Eisenbahnminister v. Thielen: Es liegt zwar ein Bedürfniß zur Vereinfachung, nicht aber zur Ermäßigung der Personentarife vor. Innerhalb der bestehenden Tarife hat sich der Personenverkehr ganz außerordentlich entwickelt. Ferner sind die Tarife bei uns verhältnißmäßig billiger als in anderen Ländern. Was den andern Punkt der Resolution anlangt, so ist die Reichs-Eisenbahnverwaltung nicht kompetent. Zur Ermäßigung der Beförderungskosten einzelner Mannschaften liegt aber gar kein Grund vor.

Hauß (Els.): Die Bestrebungen auf eine Verbilligung der Personentarife haben bisher leider noch keinen Erfolg gehabt. In Süddeutschland sind mit den Kilometerkarten die besten Erfahrungen gemacht. Auch in Bezug auf die Beschäftigung der Eisenbahnbeamten haben sich die Verhältnisse nicht wesentlich gebessert. Die meisten Beamten haben noch eine tägliche Dienstdauer von zwölf Stunden. Bei dem Unglück in Bischweiler war der Postwagen entgegen den Betriebsvorschriften als Schutzwagen verwandt. Hoffentlich werden wenigstens die Hinterbliebenen der verunglückten Postbeamten genügend entschädigt.

Preuß. Eisenbahnminister v. Thielen: Wenn die neue Tarifreform zu Stande kommt, so wird jedenfalls der erste Paragraph derselben sein, es giebt weder Kilometerhefte, noch Badekarten u. s. w., sondern nur ein einfaches Billet und höchstens Arbeiterkarten u. dergl. — Den Beamten wollen wir durchaus nicht übermäßige Leistungen zumuthen. Die Dienstdauer kann aber nicht schematisch gleich bleiben, sonst müßten doch die Züge mitten in der Fahrt halten, weil die Dienstzeit einzelner Beamten zu Ende ist.

Riff (Els.): Die Erklärung des Herrn Ministers über die Reform der Personentarife hat uns sehr enttäuscht. Wir verlangen Kilometerhefte, wie sie in Baden üblich sind, und Landdauerkarten, wie Württemberg sie hat. Durch eine Verbilligung der Tarife würde sich der Verkehr steigern und die Einnahmen wachsen.

Graf v. Bernstorff-Lauenburg (Rp.) Ich bin gegen eine Tarifverbilligung. Was gut ist an unsern jetzigen Tarifen, würde dabei verloren gehen.

Leinenweber (NL.) wünscht bessere Anschlußlinien an die pfälzischen Eisenbahnen.

Dr. Müller-Sagan (FVp.): Die Verbilligung der Tarife ist für uns wichtiger, als die Vereinfachung. Redner bringt die Censur zur Sprache, die die Eisenbahnverwaltung an den Büchern der Bahnhofsbuchhandlung übt. Die Eisenbahnverwaltung hat kein Recht dazu, sich um die Lektüre des reisenden Publikums zu kümmern. Daraus, daß wir Parlamentarier auf Reisen nicht den „Vorwärts" lesen können, hat die Sozialdemokratie nur den Vortheil, daß wir diese Angriffe nicht abwehren können, da wir nichts von ihnen erfahren. (Heiterkeit.) Der Simplicissimus ist verboten, englische Witzblätter, die viel stärkere Dinge bringen, dagegen nicht. Man ist also noch nicht einmal konsequent und macht sich dadurch nur lächerlich.

Graf v. Stolberg-Wernigerode (K.): Ich bin gegen eine Verbilligung der Personentarife. Der Güterverkehr bringt mehr ein als der Personenverkehr, muß also zuerst ermäßigt werden. Zu einer Verbilligung der Personentarife liegen nur bei den Urlaubern Gründe vor.

Schrader (FVg.): Von einer Ermäßigung des Personentarifs, das scheint festzustehen, will die Regierung auf absehbare Zeit nichts wissen. Die einzige Instanz, die Wandel schaffen könnte, ist das Reichs-Eisenbahnamt, mit anderen Worten der Reichskanzler. Dieser könnte einen starken Druck auf die Einzelstaaten ausüben.

Vom Abg. Hauß (Els.) ist eine Resolution eingelaufen, welche verlangt, daß auf den elsässischen Bahnen den Theilnehmern an den Verbandstagen von Darlehnskassen-Vereinen und landwirthschaftlichen Kreisvereinen freie Rückfahrt gewährt wird.

Gamp (Rp.): Die Festsetzung der Tarife darf den Leitern der Einzelverwaltungen nicht entzogen werden. Die Abschaffung der 4 Klasse empfiehlt sich nicht; viele Leute fahren lieber vierter als dritter Klasse. Was die Tarifverbilligung anlangt, so scheint sie gerade bei den elsässischen Bahnen mit ihren geringen Ueberschüssen nicht geboten

Dr. Müller-Sagan amendirt seine Resolution dahin, daß hinter dem Worte Personentarife die Worte „und Gütertarife" eingefügt werden. Er wolle der Rechten entgegenkommen.

Graf v. Stolberg-Wernigerode (K.) spricht sich für die vom Minister Thielen geplante Vereinfachung aus.

Schrader (FVg.) bemerkt, ein reger Personenverkehr bedinge auch regen Güterverkehr und dadurch heben sich die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung.

Preußischer Eisenbahnminister v. Thielen: Der Verwirklichung der neuen Tarifreform stehen noch große Schwierigkeiten entgegen, die namentlich durch die verschiedenen Verhältnisse in Nord- und Süddeutschland hergerufen werden. Was die Resolution Hauß anlangt, so werde ich sie, auch wenn sie im Hause nicht angenommen wird, in Erwägung ziehen.

Gamp (Rp.) bemerkt, ein großer Vortheil der Verstaatlichung sei gewesen, daß Tausende von Unterbeamten in ihrer sozialen Stellung wesentlich gehoben worden sind.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolutionen wird geschäftsordnungsmäßig bis zur 3. Lesung zurückgestellt.

Beim Kap. Betriebsverwaltung wünscht

Hauß (Els.), daß unter den Beamten Sammlungen für Ehrengeschenke verboten werden und fragt an, ob unter den Beamten thatsächlich Listen mit Aufforderungen zum Beitritt zum Flottenverein zirkulirt haben.

Geheimrath Glöckner erklärt, das vom Vorredner gewünschte Verbot sei bereits erlassen. Von der Agitation für den Flottenverein sei ihm nichts bekannt.

Werner (Ant.) wünscht Besserstellung der Betriebssekretäre und Telegraphisten. Ebenso bedürften die Lokomotivführer einer Gehaltsaufbesserung, da sie eine ganz besonders verantwortungsvolle Stellung haben.

Dasbach (Z.) tritt ebenfalls für eine Gehaltsaufbesserung der Telegraphisten ein. Ferner bittet er den Minister dafür zu sorgen, daß, wenn der Posten eines Lokomotivführers, durch einen Heizer ausgefüllt wird, dieser Heizer etatsmäßig angestellt wird.

Geheimrath Glöckner: Zu einer Besserstellung der Betriebssekretäre liegt zur Zeit keine Veranlassung vor. Eine Gleichstellung der Eisenbahntelegraphisten mit den Telegraphisten der Reichspostverwaltung ist ausgeschlossen; an die letzteren werden viel höhere Anforderungen gestellt. Die Lokomotivführer kommen bereits in die höchste Gehaltsklasse mit 45 Jahren und werden selten früher pensionsbedürftig.

Riff (Els.) verweist darauf, daß die Zugführer jetzt in einer höheren Gehaltsstufe stünden als die Telegraphisten. Früher war das Verhältniß umgekehrt. Die Gehaltsaufbesserungen erfolgen also nicht nach paritätischen Grundsätzen.

Möller-Duisburg (NL.) wünscht, daß wenigstens die Telegraphisten, die eine höhere Vorbildung zu verzeichnen haben, besser gestellt werden.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt.

Hierauf wird die Weiterberathung auf Freitag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Antrag Münch-Ferber auf Errichtung von Handelskammern im Ausland und Petitionen).

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein plumpes Wahlmanöver wird seitens der Nationalliberalen im Wahlkreise Calbe-Aschersleben zur Anwendung gebracht. Sie erklären nämlich, der Genosse Schmidt würde, wenn er gewählt sei, das Mandat nicht annehmen, da er es nicht ausüben könne. Der Sieg Albert Schmidts bedeute also eine nochmalige Wahl. Diese Behauptung ist vollständig unwahr. Genosse Schmidt denkt gar nicht daran, das Mandat niederzulegen, nachdem er gewählt ist. Eine Neuwahl findet also nicht statt, wenn der Reichstag sein natürliches Ende findet, bevor die allgemeinen Wahlen vorgenommen werden. Das wissen die Nationalliberalen ganz gut; aber um die Wahl des Herrn Placke durchzusetzen, ist auch die Lüge ein erlaubtes Kampfmittel. Dieselbe Sippe aber stellt sich sittlich entrüstet über eine Majestätsbeleidigung!

Ein Erfolg der Flottenpolitik. Im Verlauf des Regentschaftsstreites zwischen Schaumburger und Biesterfelder in Lippe, der zu Ungunsten des Schaumburgers, Schwager des Kaisers, entschieden ward, erhielt der jetzige Regent ein Telegramm vom Kaiser. In dem Telegramm vom 17. Juni 1898 heißt es:

„Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts Im Uebrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle Mal verbeten haben."

Jetzt hat der Kaiser dem Graf-Regenten auf die Mittheilung über die Gründung eines Lippe'schen Landesausschusses des Flottenvereins unter dem Protektorat des Graf-Regenten wiederum ein Telegramm gesandt, das wie folgt lautet:

„An Se. Erlaucht, Graf-Regenten zu Lippe. Für die freundliche Meldung von der erfolgten Bildung eines Lippeschen Landesausschusses des deutschen Flottenvereins unter Ihrem Protektorat spreche ich meinen freudigen und verbindlichsten Dank aus. Wilhelm I. R."

Aus dem freundlichen Ton dieses Telegramms darf geschlossen werden, daß der „Fall Lippe" nunmehr endgültig beigelegt ist.

Neue Militärforderungen werden bereits wieder in der „Schles. Volks-Ztg." aus Berlin angekündigt. Es sei beabsichtigt, sämmtliche Jägerbataillone des Heeres mit je einer Maschinengewehrbatterie zu 6 Gewehren auszurüsten und bei jedem Jägerbataillon eine besondere Kompagnie oder Abtheilung, der die Batterie überwiesen werden soll, zu bilden. Dies würde eine Vermehrung des Landheeres um 19 Maschinengewehrbatterien der Linie und voraussichtlich eine gleiche Anzahl für die im Mobilmachungsfall aufzustellenden Jägerbataillone der Reserve, mithin um 38 Maschinengewehrbatterien bedingen. Auch für die Infanterie soll die Maßregel für später beabsichtigt sein. Das Blatt fügt hinzu, daß bereits eine Anzahl Offiziere und Oberjäger Unterricht im Reiten und Fahren erhält; es sollen dieselben später in der Verwendung der Maschinengewehre auf der Schießschule in Spandau ausgebildet werden. — Wettrüsten zu See und zu Lande, die Steuerzahler müssen es bezahlen.

Die Deckungsfrage. Die ultramontane „Köln. Volkszeitung" schreibt zur Deckungsfrage bezüglich der Flottenvorlage, das Centrum habe gegen eine Reichsflottensteuer, welche als Reichseinkommensteuer oder Reichsvermögenssteuer mit entsprechender Progression nach oben erhoben würde, nichts einzuwenden. Hier komme nur ein förderalistisches Bedenken in Betracht. Vielleicht lasse sich dies dadurch beheben, daß seitens des Reiches lediglich die Grundsätze für Beschaffung des eventuellen Bedarfs festgelegt würden, die Aufbringung des erforderlichen Steuerquantums aber den Einzelstaaten unter Anpassung an deren direktes Steuersystem überlassen bleibe. — Wenn das die Stellung des Zentrums zur Flottenvorlage ist, warum hat es dann nicht gleich „Ja und Amen" gesagt? Warum erst noch das Deckungs-Possenspiel?

An zwei Nachwahlen zur Berliner Stadtverordnetenwahl, die Mittwoch stattfanden, war unsere Partei betheiligt. Im 35. Bezirk (Schönhauser Vorstadt) errang die Sozialdemokratie einen glänzenden Erfolg. Genosse Wurm wurde mit 1683 von 2113 abgegebenen Stimmen gewählt. Das Resultat im 44. Bezirk (Moabit) war folgendes: Eingeschriebene Wähler 7384. Abgegebene Stimmen 2632 (bei der Hauptwahl 6. November v. J. 2575). Es erhielten Genosse Glocke 1243 (1349), Bredereck (Freisinn) 330 (597), Bäckermeister Wolff (Bürgerpartei) 738 (721), Damaschke (Mietherparteiler) 321 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Glocke und Wolff stattzufinden. Unserem Genossen Glocke fehlten zur absoluten Majorität nur noch 74 Stimmen, die er ohne die durch die Nationalsozialen herbeigeführte Zersplitterung wohl erhalten haben würde, denn ihr Kandidat Damaschke hatte ein derartig vielseitiges Programm aufgestellt, daß er manchen Wähler auf seinem nationalsozial-bodenreformerischen Leim gefangen haben mag. Trotz alledem aber ist es ihm nicht einmal gelungen, in die Stichwahl zu kommen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es unseren Berliner Genossen gelingen wird, in der Stichwahl den Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Die Delegirtenversammlung des Centralverbandes Deutscher Industrieller hat ein Flotten-Telegramm an den Kaiser gerichtet. Es heißt darin: An den See-Interessen sei das gesammte Volk, in besonders erheblichem Umfange die Arbeiterschaft betheiligt, da die Existenz von Millionen von ihnen abhängt von dem ungestörten Fortgange der Arbeit, demgemäß von der ungehinderten Einfuhr der Rohmaterialien, der fortgesetzten Steigerung unseres überseeischen Absatzes und des Welthandels überhaupt. Wenn die für die Flotten bestimmten Milliarden für Kulturzwecke verausgabt würden, hätten die Arbeiter unendlich mehr davon.

Für den achtstündigen Arbeitstag hat sich die bayerische Abgeordnetenkammer ausgesprochen. Sie nahm bei der Berathung der Berggesetznovelle einen Antrag an, wonach die Arbeitszeit unter Tage acht Stunden für den Tag in der Regel nicht übersteigen darf. Die Verlängerung der Dauer der Schicht kann bei bestimmten Bedingungen nur zwei Stunden, jedoch höchstens 52mal im Jahre erfolgen. Die Arbeitszeit wird gerechnet vom Verlassen der Erdoberfläche bis zur Rückkehr an dieselbe.

Wie ungleich Recht und Gesetz gehandhabt wird, zeigt ein Vorgang in Straßburg i. E. Dort hatte in einer Flottenversammlung der vortragende Flottenprofessor den Sozialdemokraten den Vorwurf gemacht, daß sie der Erörterung der Flottenfrage auswichen. Nunmehr hat in Straßburg die sozialdemokratische Partei eine Volksversammlung über „Flottenvorlage und Weltmachtpolitik" veranstaltet, zu welcher die Einwohner zahlreich erschienen waren. Der überwachende Beamte löste aber sofort die Versammlung auf, als dem sozialdemokratischen Redner das Wort ertheilt wurde. Auf die Frage, aus welchem Grunde die Auflösung erfolgte, erklärte der Beamte einfach, das könne er nicht verrathen, man werde es schon sehen.

Der Entwurf einer preußischen Waarenhaussteuer entnimmt seinen Grundgedanken der französischen Branchensteuer. Während diese aber ein umfangreiches Branchenregister aufstellt und ein Geschäft desto höher besteuert je mehr Branchen es führt, unterscheidet der preußische Entwurf nur vier Branchengruppen. Wer Waaren aus mehr als einer dieser Gruppen führt, unterliegt der Steuer. Da nun „Manufaktur- und Modewaaren, Wäsche, Konfektion 2c." als eine Gruppe gerechnet sind, so fallen z. B. das gewaltige Berliner Versandtgeschäft von Rudolf Herzog und ähnliche Unternehmungen nicht unter die Steuer. Damit wird der Steuer auch der letzte Schimmer jenes Heiligthums entrissen, der alle Steuerpläne zu Gunsten des „Mittelstandes" umgiebt. Dem Mittelstand ist es gleichgültig, ob er von der Gattung von Geschäften aufgefressen wird, die sich auf Gruppe B beschränkt, oder von einer andern Gattung, die ihren Betrieb auf 2, 3 oder 4 Gruppen ausdehnt. Was die sogenannten „Mittelstandsfreunde" verlangen, ist eben die Vernichtung des Großbetriebes. Diese Steuer ist nichts als die Benutzung einer weitgehenden Abneigung gegen eine Klasse von Geschäftsleuten, um ihnen mit Hülfe eines Landtages, in dem diese Abneigungen einen nur allzu festen Sitz haben, eine unangenehme Last aufzuhalsen. Erhoben wird die Steuer bei einem Jahres-Umsatz von 1/2 Million Mark mit 1,5 Prozent und steigt bis zu 2 Prozent. Jedoch darf sie nie mehr als 20 Prozent des Ertrages umfassen. Um diese Bestimmung richtig würdigen zu können, muß man sich die Bedeutung des Wortes „Ertrag" nach dem preußischen Gewerbesteuer-Gesetz gegenwärtig halten. Der Ertrag wird berechnet ohne Rücksicht darauf, wieviel in die Tasche des Inhabers, wieviel als Zins in die der Gläubiger fließt, die das Geschäft finanzirt haben. Diese Berechnung nach dem Ertrage belastet also den, der mit eigenem Kapital sein Geschäft gegründet hat. Unter den Inhabern der heutigen großen Waarenhäuser sind so manche, die klein angefangen haben und durch Kredit hochgekommen sind. Diejenigen unter ihnen, die gefestigt genug sind, um selbst einer Steuer wie der gegenwärtigen zu widerstehen (und daß alle Betriebe von einer solchen Steuer erdrosselt werden würden, kann man nicht behaupten), sind dadurch von einer Konkurrenz, die mit fremden Kapital arbeitet, bewahrt. Die Waarenhäuser, die sich zu behaupten wissen, werden durch diese Steuer eine Art Monopolstellung erhalten. Ihre Macht wird nicht gebrochen, sondern verstärkt werden. Und der Mittelstand, der bei diesem Gesetz, wie schon bei so vielen, als Aushängeschild herhalten mußte, wird nur um eine Enttäuschung reicher werden.

Ein „versöhnendes" Nachspiel, schreibt die „Frankf. Zeitung", soll der Streit über den Friedhof der Märzgefallenen erhalten. In Folge der Bestätigung Kirschners als Oberbürgermeister von Berlin muß die Stelle eines zweiten Bürgermeisters neu besetzt werden. Als Kandidat für diesen Posten wird Syndikus Meubrink genannt. Er ist jener Magistratsvertreter, der in dem Portalprozeß dem unwürdigen Vorschlag des Präsidenten, in eine Vertagung der Sache zu willigen und in der Zwischenzeit einen gütlichen Vergleich mit der Polizei anzubahnen, da Niemand, der die thatsächlichen Verhältnisse kenne, an den Portalbau glaube, eifrig beipflichtete! Sollte Herr Kirschner den loyalen Herrn zum Kollegen erhalten, so würde die Berliner „freisinnige" Bürgerschaft allerdings beweisen, daß sie den letzten Rest von Rückgrat verloren hat.

Kleine politische Nachrichten. Einen Korb hat sich der Flottenverein bei der Berliner Stadtverwaltung geholt. Für den bei der Armendirektion, Abtheilung für das Arbeitshaus beschäftigten Hülfsarbeiter, Leutenant a. D. v. Korbach, hatte der Admiral Hollmann einen Urlaub nachgesucht, damit Herr v. Korbach dem Volke den Segen der Milliardenforderung klar machen kann. Der Herr Admiral hat jedoch keine Gegenliebe gefunden, da die Arbeitskraft des Herrn v. Korbach zu werthvoll für die Stadt Berlin ist, um der Wasserpolitik zur Verfügung gestellt zu werden. Vielleicht aber findet der agitationslustige Admiral andere Magistrate, die es sich zur Ehre anrechnen, die aus den Steuern der Bürger bezahlten Beamten dem Flottensport dienstbar zu machen. — Der frühere preußische Minister des Innern, Herrfurth, ist, 70 Jahre alt, am Mittwoch nach längerer Krankheit verstorben. Er hatte 1888 nach der Entlassung Puttkamers die Leitung des Ministeriums übernommen. Sein wichtigstes Werk war die neue Landgemeinde-Ordnung. So unzweifelhaft konservativ Herr Herrfurth war, so machte er sich doch durch eine gewisse politische Wohlanständigkeit bei seinen eigenen Parteigenossen mißliebig und wurde von ihnen mehrfach scharf bekämpft. Als Herrfurth 1892 mit den Miquelschen Steuerreformplänen nicht einverstanden war, nahm er seine Entlassung. Er ist Verfasser mehrerer verwaltungsrechtlicher Schriften. — Im Befinden des Abg. Lieber ist nach der „Germ." eine wesentliche Aenderung nicht zu verzeichnen. Die Nahrungsaufnahme ist noch immer verhältnißmäßig gut. — Die halbamtliche Greizer „Landesztg." erklärt es nach eingezogenen Erkundigungen für unrichtig, daß die Regierung von Reuß ä. L. im Bundesrath der Flottenvorlage zugestimmt habe. — Die Versammlung der Landesabtheilung Schlesien der Deutschen Adelsgenossenschaft sprach in einer Resolution ihren Abscheu über das Verhalten einiger Standesgenossen aus, wie es die jüngsten Berliner Prozesse ergaben. Der nächste Adelstag in Berlin wurde ersucht, das Verhalten jener Herren zu brandmarken. — In dem Hochstapler-Prozeß in Berlin beantragte der Staatsanwalt gegen v. Kriegsheim 3½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, sowie 3000 Mk. Geldstrafe, gegen den Mitangeklagten Wißmann 6 Monate Gefängniß. — In der Donnerstag-Sitzung der Zweiten badischen Kammer wurde der Zentrumsantrag, betr. Zulassung der Orden im Großherzogthum, angenommen. — Die belgische Kammer hat am Mittwoch den sozialistischen Abgeordneten Demblon, der sich rühmte, den Abgeordneten De Wiart geohrfeigt zu haben, mit 70 gegen 20 Stimmen ausgeschlossen. Da Demblon sich weigerte, den Saal zu verlassen, hob der Präsident zum zweiten Male die Sitzung auf. Gegen Demblon ist ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden. — Die serbische Regierung will ein serbisches Generalkonsulat in der Schweiz errichten zur Ueberwachung der serbischen Revolutionäre in der Schweiz! Ganz wie es die türkische Regierung gemacht hat. — Die russische Botschaft richtete an die Pforte eine Note, in welcher die Repatriirung der im vorigen Sommer nach Rußland geflüchteten Armenier verlangt wird.

Frankreich.

Der Flottentaumel schlägt auch in Frankreich, angeregt durch das alldeutsche Beispiel, wahre Purzelbäume. Gegenüber dem Gesetzentwurf der Regierung, betr. die Vermehrung der Flotte, brachte der Deputirte Fleury-Ravarin einen Antrag ein, in welchem der Bau von einer noch größeren Anzahl von Panzern und Torpedobooten gefordert wird, als im Regierungsentwurf.

Im Senat wurde Dienstag die Wahl der Armeekommission vollzogen. Die Generale Mercier und Billot, die sich um Sitze in dieser Kommission bewarben, wurden nicht gewählt. Man erblickt hierin eine Niederlage der Nationalisten und zieht daraus auch den Schluß, daß die Mehrheit der Amnestie abgeneigt ist.

Der Kolonialminister erhielt vom Gouverneur der Insel Martinique ein Telegramm über die jüngsten Unruhen. Da die Aussagen der militärischen und bürgerlichen Zeugen sich direkt widersprechen, hat der Minister den Generaldirektor der Kolonien nach Martinique gesandt, um einen Bericht auszuarbeiten.

Türkei.

Ein russisch-türkischer Eisenbahnvertrag. Wie der „Frankf. Ztg." aus Konstantinopel gemeldet wird, kann Rußland seinem Erfolge in Persien nunmehr auch einen bedeutsamen Erfolg in der Türkei zur Seite stellen. Dem russischen Botschafter in Konstantinopel ist nämlich in den letzten Tagen ein Iradeh des Sultans zugegangen, dem der Abschluß eines, dem Bagdad-Bahn-Abkommen identischen Vorvertrages über den Bau einer Eisenbahn Kars-Erzerum folgte. Von russischer Seite war bereits vor einiger Zeit der Bau einer Eisenbahn projektirt, die von Kars in südlicher Richtung über die neuen russischen Kolonien nach Sarakamisch führen soll. Nach dem russisch-

türkischen Abkommen soll nun diese Bahn bei Kara Urghan die türkische Grenze passiren und im Thale des Araxes nach Erzerum weitergeführt werden. Die Länge der Bahn beträgt nur 260 Kilometer. Im Falle des Baues der Eisenbahnlinie Kars-Erzerum, so heißt es im Vorvertrage, wird einer russischen Kompagnie jedes Vorzugsrecht gewährleistet. Ferner wird bestimmt, daß die Bedingungen des Baues dieselben sein sollen, wie sie den Deutschen für den Bau der Bagdad-Bahn eingeräumt worden sind. Endlich wird festgesetzt, daß Rußland für sämmtliche anderen nach der russischen Grenze führenden Zweigbahnen ebenfalls ein Vorzugsrecht erhält. Es liegt auf der Hand, daß die Bahn Kars-Erzerum eine außerordentliche Bedeutung hat, namentlich vom strategischen Standpunkte aus.

Rußland.

Sehnsuchtsvoll blicken unsere deutschen Antisemiteriche immer nach Rußland, wo den Juden eine Reihe häßlicher Beschränkungen auferlegt sind. Nun kommt aber eine Nachricht, die die Liebermänner sicherlich sehr schmerzlich berühren wird. Es besteht nämlich die Absicht, den sogenannten Ansiedelungs-Rayon der Juden zu erweitern. Die Gouverneure dieses Rayons haben in dieser Frage gewichtige Gutachten abgegeben. Der Chef des Gouvernements Mohilew erklärt — so meldet der „Woschod" — daß in seinem Gouvernement viele jüdische Handwerker sich durch solide und schöne Arbeiten auszeichnen, nur bleibe ihre Mühe unfruchtbar, weil die jüdischen Handwerker nicht die Rechte genießen, wie die Handwerker in den inneren Gouvernements, und weil es eine so große Zahl jüdischer Handwerker gebe, daß das Angebot der Fabrikate bedeutend größer sei, als die Nachfrage. Die Handwerker litten in Folge dessen unter einer empfindlichen Noth. Weiter theilt der Generalgouverneur von Kiew, Podolien und Wolhynien mit, daß die Städte des Westgebietes mit Juden überfüllt seien. Die Mehrzahl der Juden seien Handwerker. Nicht Alle hätten die Möglichkeit, sich durch ehrliche Arbeit zu ernähren, und so griffen Viele zum zweifelhaften Erwerb. Der Chef der Gebiete von Noworossisk und Bessarabien berichtet aus seinen Gouvernements ungefähr dasselbe. In den Gouvernements befindet sich eine große Menge Juden und fast das ganze Handwerksgewerbe ist in ihren Händen. Der Generalgouverneur hat den Vorschlag gemacht, den jüdischen Ansiedelungs-Rayon gänzlich abzuschaffen, das heißt, den Juden volle Freiheit zu geben, sich wo immer im Reich aufzuhalten und ihrem Gewerbe so wie jeder Andere nachzugehen. Die Gutachten der Gouverneure reden also dringend für eine Reform der Judengesetze.

Annexion der Mandschurei. Die halboffiziöse, meist gut unterrichtete „Rossija" erklärt, daß die Regierung demnächst bereit sei, die Mandschurei als „russisches Gebiet" zu proklamieren. Die verwittwete Kaiserin von China habe ein fanatisches Manifest erlassen, in welchem den Chinesen die Abkehr von Europa und allem Fremdländischen empfohlen werde. Die kulturelle Mission der europäischen Staaten sei hiermit bedroht und daher halte es Rußland, das bereits der geographischen Verhältnisse wegen sich hierzu in erster Linie berufen fühle, für seine Pflicht, nöthigenfalls sein Kulturwerk in Asien mit bewaffneter Gewalt zu erzwingen. „Als nach dem japanisch-chinesischen Kriege," meint aber das genannte Blatt weiter, „sich die europäischen Mächte in China „Einflußsphären" abgrenzten, fiel auf den Antheil Rußlands die Mandschurei mit der Liaotung-Halbinsel. Eine Einflußsphäre ist natürlich eine vortreffliche Sache, aber jetzt haben wir mehr nöthig. Wir müssen von der Einflußsphäre zur „Sphäre des vollen Besitzes" übergehen." Die Engländer haben sich niemals geniert, ihrem Besitz diejenigen Territorien hinzuzufügen, in welchen die Einflußsphäre allein sich für ihre Macht als ungenügend erwies. Weshalb sollten wir nicht die Mandschurei als russisches Besitzthum erklären? Dies jetzt zu thun, wird uns um so leichter fallen, als nicht eine der im fernen Osten interessirten Mächte es für nöthig finden wird, aus diesem Anlaß Protest zu erheben. England ist durch den Krieg lahmt gelegt. Frankreich ist unser Bundesgenosse, Deutschland wünscht jetzt weniger als je gegen uns vorzugehen und Japan endlich hat schon mit unsrer Bewilligung genügenden Ersatz in Korea. Was aber China selbst betrifft, so wird man es in Peking schwerlich für vortheilhaft erachten, sich mit Rußland, diesem mächtigen Nachbarn, nicht zu verständigen."

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze liegen auch heute wenig Nachrichten von Belang vor. In Natal ist es anscheinend augenblicklich nach der neuesten Niederlage Bullers zu einem gewissen Stillstand in den Operationen gekommen, dagegen wird man vom Modderriver (westlicher Kriegsschauplatz), wo Lord Roberts in höchst eigener Person kommandirt, demnächst wieder mehr hören. Wenig glaubhaft klingt die Meldung des „Daily Chronicle", daß General Buller mit einer starken Division nach De Aar gehen soll, um einen Flankenangriff auf die Buren auszuführen; denn De Aar liegt südlich von Oranje-Riverstation, nahe vom Modderriver, um dorthin aber schnell zu gelangen, ist das englische Heer nicht beweglich genug. Richtiger dürfte deshalb die Meldung des „Morning Herold" sein, wonach sich Buller allein über Kapstadt nach De Aar zu Lord Roberts begeben soll. An Stelle Bullers soll Warren den Oberbefehl in Natal übernehmen. Das englische Hauptquartier in Natal wurde nach Chieveley zurückverlegt, um den Weg nach Pietermaritzburg gegen die Buren freizuhalten.

„Central News" meldet aus Ladysmith vom Sonnabend: Der „lange Tom" der Buren auf dem Bulwanaberge war mehrere Tage ganz still. Man glaubte schon, daß er nach dem Tugela geschafft worden sei, um General Buller's Angriffen entgegenzutreten. Freitag Morgen aber eröffnete das schwere Geschütz wieder sein Feuer mit sechs Granaten. Unter Beihülfe von Scheinwerfern feuern die Buren vom Berg ins Lager der Gordons, in die Eisenbahnstation und die Stadt selbst. Sie beleuchten die Stadt jede Nacht mit Scheinwerfern, da sie einen Angriff zu besorgen scheinen. Den 100. Tag der Belagerung scheinen die Buren besonders gefeiert zu haben. Der Gesundheitszustand der Stadt und des Lagers ist angeblich wieder gut. 200 Basutos und Zulukaffern sind von den Linien der Buren in Durban eingetroffen; sie berichten, daß sie kommandirt waren, Verschanzungen aufzuwerfen und die Angriffe aus Ladysmith und bei Spionskop auszukundschaften. Die fliegende Kolonne, die nach dem Zululande entsandt worden war, erreichte in Gewaltmärschen Eshowe und sei von der dortigen Bevölkerung lebhaft begrüßt worden.

Lord Roberts telegraphirte aus Dekiels Drift vom 14. Februar: General French erzwang mit 3 Brigaden Kavallerie, Artillerie und berittener Infanterie den Uebergang über den Modderfluß bei Klip Drift, 25 Meilen von hier, besetzte die nördlich davon gelegenen Berge und nahm drei Burenlager. Inzwischen besetzte General Gordons Brigade die Furth und nahm zwei Burenlager in westlicher Richtung. General French fand nur geringen Widerstand, seine Verluste sind gering. Die Aktion wurde vorzüglich ausgeführt, wenn man die drückende Hitze und den blendenden Staub in Betracht zieht. Die 6. Division auf der Nordseite des Rietflusses bei Waterval Drift geht zur Unterstützung der Kavallerie vor; die 7 Division steht noch hier, marschirt aber heute Nachmittag ab. 4 Offiziere und 53 Mann sind vom Hitzschlag getroffen. — Die Streitmacht des englischen Oberbefehlshabers hat hiernach also den allgemeinen Vormarsch zum Entsatze von Kimberley angetreten. Ob der weitere Verlauf auch so gut von Statten gehen wird, wie der Anfang, bleibt abzuwarten. Nach der Berechnung der Londoner Blätter hat Roberts 45—50 000 Mann zur Verfügung, und des Buren-Generals Cronje Stellung am Modderriver würde sehr schwierig sein, wenn er nicht, wie angenommen wird, die Geschütze und die Mehrzahl seiner Mannschaft nach Jacobsdal zurückgebracht hätte. „Es wird daher weise sein, nicht über diese Erfolge zu jubilieren", schreibt die „Daily Mail", „die Fortnahme von Furten und von Lagern ist noch kein großer Sieg."

Eine weitere Eisengießerei in Johannesburg wurde zur Fabrikation von Granaten eingerichtet.

Eine Versammlung in London, an der etwa 300 Personen, darunter 10 Mitglieder des Unterhauses theilnahmen, fand Mittwoch Nachmittag in Westminster statt. Es wurden Beschlußanträge angenommen, die den Krieg verurtheilten, eine Veröffentlichung der geheimen Korrespondenz betr. den Jameson-Zug verlangen und sich für die Eröffnung einer Subskription aussprechen, durch die eine ständige Organisation geschaffen werden soll, die eine politische Bewegung in diesem Sinne einleiten soll.

Eine Massenauswanderung militärfeindlicher Jünglinge steht in England bevor. Das Londoner Blatt „Morning-leader" erzählt, daß der Dampfer „Ozeanic" mit 500 Emigranten, unter denen sich 350 junge Engländer befanden, in Newyork eingetroffen ist. Der Zollaufseher, welcher von der ungewöhnlich großen Zahl der Engländer überrascht war, leitete eine Untersuchung ein, welche ergab, daß die jungen Briten aus Furcht vor der Einführung der allgemeinen persönlichen Wehrpflicht in England ihre Heimath verlassen hatten. Die Kampfbegeisterung aller derjenigen, die die Geschichte zunächst angehen könnte, scheint nicht groß zu sein, die andern aber haben es leicht, für den Krieg zu schwärmen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 16. Februar.

Es werden Gimpel gesucht. Ein gewisser Robert Nitzsche in Hamburg versendet an kleine Gewerbetreibende, Gastwirthe und Cigarrenhändler ein Flugblatt „Der Kaiser, sein Programm und seine Räthe", um die betr. Kreise für die Mittelstandsretterei einzufangen. In dem Flugblatt sucht Nitzsche zu zeigen, daß alle Pläne Wilhelms II., dem Mittelstande aufzuhelfen, an dem guten Willen seiner Rathgeber scheitern. In agrarisch-mittelstandsretterischen Phrasen fordert daher Herr R. Nitzsche die „Mittelschichten in Stadt und Land" auf, sich zu einer kräftigen Armee zu vereinigen und dann vor Sr. Maj. hinzutreten und zu sagen: „diese kräftige Deutsche Mittelschicht ist bereit Ew. Majestät mit Gut und Blut zu helfen, Ew. Majestät hehres Programm durchzuführen". — Wenn es Herr Nitzsche mit dem Mittelstande wirklich ehrlich meinte, so würde er ihm keinen blauen Dunst vormachen, sondern reinen Wein einschenken, ihm sagen, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse stärker sind, als die Menschen, und daß keine noch so kräftige Armee von Mittelstandsleuten die Mittelschichten vor dem Untergange bewahren kann, der ihnen durch das Großkapital droht.

Die „Lübeckischen Anzeigen", in deren Redaktion jetzt waschechte Nationalliberale sitzen, sprechen, genau so wie die konservativen Blätter, ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Rath von Rostock dem dortigen Arbeiterturnverein eine städtische Turnhalle zur Verfügung gestellt hat. Etwas anderes hatten wir von den Musterknaben in der Königstraße nicht erwartet. Wenn sie jedoch bemerken, daß die Arbeiterturnvereine, zum Unterschied von den sonstigen deutschen Turnvereinen mehr „der Förderung der Vaterlandslosigkeit" als der Turnerei dienen, so ist das eine wissentlich unwahre Behauptung. Gerade die Arbeiterturnvereine treiben die Pflege der Leibesübungen als Selbstzweck, während die „deutschen Turnvereine" ihre Forsche in den Hurrahpatriotismus setzen. Also umgekehrt wird ein Schuh daraus.

Herr Heise wird witzig. Er kündigt seinen Lesern die Flotten-Protestversammlung mit folgender Notiz an:

— Lübeck, 12. Februar. Das „lübsche Volk" will Montag gegen die Flottenvermehrung protestiren. Gemeint ist wohl jenes lübsche Volk, das sein Rathhaus in der Johannisstraße hat. Das lübsche Volk aber, das der hanseatischen Tradition folgt und das treu zum Kaiser steht, hat sich bereits für die Flotte erklärt.

Das „lübsche Volk", das sich neulich für die Flotte erklärt hat, bestand aus Rechtsanwälten, Beamten und einigen siebenfach gesiebten Bürgern. Nur patriotisch geaichte Leute hatten Zutritt. Wie kann man da vom „lübschen Volke" reden, das nun einmal, trotz Herrn Heise und seinen Kameradschaftsbündlern, durch und durch sozialdemokratisch „verseucht" ist?

Preissteigerungen überall! Der Kaffee wird theurer. Zu dem Preisaufschlage für fast alle Lebensmittel kommt nun noch die Nachricht, daß der Preis für Rohkaffee um 20 bis 35 Proz. gestiegen sei. Unsere Hausfrauen können daher ganz sicher darauf rechnen, daß auch der gebrannte Kaffee bald mit höheren Preisen bezahlt werden muß. Außerdem haben Preiserhöhungen beschlossen, der Bielefelder Leinen- und Wäscheverein für sämmtliche Wäschefabrikanten und der Verband deutscher Schirmfabrikanten für fertige Schirme. Auch die Korsettfabrikate" haben eine Preiserhöhung beschlossen. Ein rheinisch-westfälisches Ziegelsyndikat wurde in Dortmund gegründet zum Zwecke einer Erhöhung der Ziegelpreise. Ueberall Preiserhöhungen, nur wenn der Arbeiter einmal seine Forderungen stellt, um die Noth des Lebens für sich und seine Familie zu lindern, dann schreit die ganze Unternehmersippe sammt Ordnungsblättern Zeter und Mordio!

* **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: „Frau Venus" wird am Sonnabend zum vorletzten Male gegeben. Das erste Gastspiel des berühmten Heldentenors Werner Alberti findet am Montag den 19. ds. Mts statt. Der Gast wird an dem Abend den Eleazar in der „Jüdin" singen. Ueber ein kürzlich in Wien abgehaltenes Concert des Künstlers schreibt das „Wiener Fremdenblatt": Im großen Musikvereinssaale konzertirte gestern mit beispiellosem Erfolge der berühmte Tenor Werner Alberti. Der Künstler hat schon an der Wiener Hofoper gastirt und durch den ganz ungewöhnlichen Glanz seines hohen Registers, das er mühelos bis in die dreigestrichene Oktave beherrscht, großen Effekt erzielt. Er sang die bekannten Effektstücke, mit welchen die Helden des hohen C zu brilliren lieben, (Wilhelm Tell, Postillon, Troubadour) und erzielte damit stürmischen Beifall."

pb. **Wegen Körperverletzung** wurde ein Arbeiter zur Anzeige gebracht; er soll seinen Kollegen mit einem eisernen Hammer auf den Kopf geschlagen haben.

Ratzeburg. Kommunales. Der Haushaltsplan der Stadt Ratzeburg für das Etatsjahr 1900 balanzirt im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 89 713 Mark 75 Pfg. Das Extraordinarium verzeichnet eine Anleihe von 5000 Mk. zur Umpflasterung der Hospital-, Brauer- und Gr. Kreuzstraße, sowie eine Anleihe von 1500 Mk. zur Erbauung eines Spritzenhauses in der Vorstadt. Die Anleihesumme soll mit 4 Proz. verzinst und 10 Proz. getilgt werden. An Kommunalsteuern sind nach dem Voranschlage aufzubringen insgesammt 43 797 Mark 60 Pfg. Hierzu sollen erhoben werden: 156 Proz. der Einkommensteuer (gegen das Vorjahr 24 Proz. weniger) und wie bisher je 200 Proz. der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Oldesloe. Der Haushaltsplan unserer Stadt schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 166 000 Mk. gegen 160 200 Mk. im Vorjahre ab. Das Extraordinarium beziffert sich auf 48 000 Mk., welche aufgewandt werden sollen für eine Reorganisation des Abfuhrwesens mit 7600 Mk. und für Straßenbauzwecke. An Steuern sollen aufkommen bei einem Zuschlag von 120 pCt. zur Einkommensteuer 33 200 Mk., bei 120 pCt. Zuschlag zur Grundsteuer 4200 Mk., bei 120 pCt. Zuschlag zur Gebäude- und 120 pCt. Zuschlag zur Gewerbesteuer 13 200 Mk., bezw. 7200 Mk. Die Lustbarkeitssteuer ist mit 2500 Mk., die Hundesteuer mit 800 Mk., die Betriebssteuer mit 200 Mk. etatisirt. Die Stadtschuld beträgt rund 300 000 Mk.

Hamburg. Zur Mord-Affäre an der Grindel-Allee. Der der Ermordung des Dienstmädchens Thurau verdächtige Arbeiter Buchholz wurde Mittwoch Nachmittag nach der gegenwärtigen Wohnung an der Heinrich Bachstraße Nr. 3 geführt, wo er darüber vernommen wurde, zu welchem Zwecke er den bekannten, vor einigen Tagen in der erwähnten Wohnung aufgefundenen Hammer benutzt habe. Buchholz erkärte, den Hammer lediglich zu Tischlerarbeiten zu benutzt haben. Im Uebrigen behauptet er nach wie vor seine Schuldlosigkeit.

Hamburg. Die drei sozialdemokratischen Vereine haben im Jahre 1899 insgesammt 79 522 Mark eingenommen. Am 1. Januar 1900 waren in den drei Vereinen 11 921 Mitglieder.

Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie schätzt den Nettogewinn des Betriebsjahres 1899 auf nicht weniger als achtzehn Millionen Mark. Da der Nettogewinn im Jahre 1898 etwa 14 Millionen betragen hatte, so ergiebt sich ein Plus von fast vier Millionen gegenüber dem Vorjahre, trotzdem sich letzteres durch den bekannten Verkauf zweier Schnelldampfer bereits zu einem so ausnahmsweise günstigen gestaltet hatte. Den Ergebnissen des verflossenen Jahres entsprechen die Aussichten für das laufende Jahr, die namentlich durch den zu erwartenden überaus lebhaften Kajütsverkehr und einen gegenwärtig stark anwachsenden Zwischendecksverkehr die günstige Beeinflussung erfahren. Trotz der glänzenden Lage der Gesellschaft aber beabsichtigt die Verwaltung derselben, wie die „Hamb. Börsenh." mittheilt, bezüglich der Höhe der Dividende nicht über die vorjährige, die bekanntlich 8 pZt. betrug, hinauszugehen. Der verbleibende Betrag soll zu Abschreibungen und Rücklagen verwendet werden. Es ist das alte bekannte Manöver, bei dem die „Hamb. Börsenh." seinerzeit herausgerechnet, daß die Rhederei jahrelang „mit Verlust gearbeitet" hat, obgleich sie fortgesetzt anständige Profite erzielte. Die Gesellschaft hat im verflossenen Jahre ihre Zuflucht zum Chartern fremder Dampfer nehmen und hierfür die bedeutende Summe von rund 2 200 000 Mk. opfern müssen. Hätte diese Nöthwendigkeit nicht vorgelegen, so würde das Ergebniß des verflossenen Jahres voraussichtlich sich noch wesentlich günstiger gestaltet haben. Bei dieser Sachlage hat die Verwaltung der Gesellschaft, schon mit Rücksicht auf die bestehenden Linien, eine weitere Vergrößerung der Tonnage ins Auge fassen müssen. In der letzten Sitzung des Aufsichtsrathes und des Vorstandes der Gesellschaft ist beschlossen worden, einer auf den 27. Februar einzuberufenden General-Versammlung einen Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 65 000 000 Mk. auf 80 000 000 Mk. zu

unterbreiten. — Von einer Erhöhung der Heuern hört man trotz des hohen Gewinnes nichts.

Segeberg. Eine abermalige Erdsenkung, deren Tiefe auf 40—50 Meter geschätzt wird, ist auf dem Kalkberge erfolgt. Man nimmt an, daß weite Strecken der Gypslager unterhalb des Kalkberges ausgelaugt sind und der Druck der auf den Gypsschlotten lastenden Gesteinmassen zu groß ist und so die Einstürze erfolgen. Die beiden großen Löcher befinden sich in unmittelbarer Nähe des Fahrweges. — Der königliche Berginspektor in Lüneberg erläßt eine Warnung dahingehend, daß das Betreten des fiskalischen Gypsbruches sowie der dorthin führenden Privatwege verboten ist. Es wurde auch Zeit.

Bremen. Die Bürgerschaftswahl im 21. Bezirk, welche in Folge der Beanstandung der Wahl des Genossen Voigt sich nothwendig macht, ist auf den 21. März festgesetzt. Die Wählerlisten werden erst neu aufgestellt.

Bant. Nach preußischem Muster verfährt die oldenburgischen Regierung dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden gegenüber. Zum zweiten Mal hat das Ministerium unserem Genossen Paul Hug die Bestätigung zum ersten Beigeordneten (stellvertretenden Bürgermeister) der Gemeinde Bant versagt, und zwar unter Hinweis auf die Begründung vom 14. Februar 1898, wohingegen der Kaufmann H. Menken als dritter Beigeordneter die Bestätigung erhielt. Also auch ein Landtagsabgeordneter hat nicht die Qualifikation zu einem Beigeordneten! Wir sind gespannt, ob der Gemeinderath bei seinem Beschluß beharrt. Richtiger wäre es gewesen, wenn der Gemeinderath bei der erstmaligen Degradirung des jetzigen Landtagsabgeordneten Hug zum Bürger zweiter Klasse einen steifen Nacken gezeigt hätte.

Oldenburger Landtag.

Der Landtag hielt Montag gleich zwei Sitzungen ab. In beiden beschäftigte man sich hauptsächlich mit den schwebenden Eisenbahnprojekten aus Anlaß der Berathung des Eisenbahnbaufonds. Die Projekte erstrecken sich auf den Bau einer Bahn von Cloppenburg-Friesoythe nach der Bahnstrecke Oldenburg-Leer mit einer Fortsetzung über Westerstede nach Varel bezw. Grabstede, einer Bahn von Varel nach Nordenham bezw. Rodenkirchen—Brake, einer Bahn von Nordenham nach Eckwarderhörne bezw. von Stollhamm nach Eckwarderhörne und einer Bahn von Bant-Wilhelmshaven nach Stumpfermühle. Der Eisenbahnausschuß beantragte, die aufgeworfene Summe von 22 000 Mark auf die Prüfung aller dieser Projekte zu verwenden. Welche Linien später wirklich und in welcher Reihenfolge sie ausgebaut werden, steht noch dahin. Selbstverständlich drehte sich die Debatte darum, welche Linien den Vorzug verdienen, besonders soweit es sich um Konkurrenzbahnen handelte, wie es bei den Projekten Varel—Nordenham und Varel—Rodenkirchen—Brake der Fall war. Gegen die Südbahn im Anschluß nach Varel trat eine Gegnerschaft überhaupt nicht zu Tage. Heiß umstritten wurden die Projekte Varel-Nordenham, mit der Abzweigung nach Eckwarderhörne, und Varel—Rodenkirchen—Brake. Für die erstere Linie traten ein die Abgg. Dr. Meyer, Wilken, Tantzen und Genosse Hug, für die letztere die Abgg. Groß und Ahlhorn-Hartwarden. Für die Linie Bant—Stumpfermühle traten die Abgg Daun und Hug ein. Die Position wurde schließlich in der Nachmittagssitzung angenommen. Ohne Debatte wurde dann der übrige Theil des Eisenbahnbaufonds erledigt. Der nächste Gegenstand, Errichtung eines Güterbahnhofes in Osternburg, brachte eine sehr scharfe Kritik des Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg über den Mangel an Entgegenkommen seitens der Regierung in dieser Sache. Die Regierung hielt die Errichtung eines Güterbahnhofes in Osternburg für nicht zweckentsprechend, während der Abg. Ahlhorn die Nothwendigkeit der Anlage begründete. Der Eisenbahnausschuß hatte sich, mit Ausnahme des Abg. Hoyer, der Ansicht der Regierung voll und ganz angeschlossen und begnügte sich der Landtag gegen einige wenige Stimmen in dieser Sache mit der Kenntnißnahme der ablehnenden Denkschrift der Eisenbahnverwaltung.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 15. Februar.

Der Schweinehandel verlief sehr flau.

Zugeführt wurden 1330 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 45—47 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Hierzu eine Beilage.

Am Montag den 12. Februar starb unser treues Vereinsmitglied, der Maler und Chorsänger

Heinrich Rowedder

in Bremen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend den 17. d. M. statt.

Die Kollegen werden hiermit ersucht, sich zwecks Theilnahme im Vereinshaus Morgens 10 Uhr einzufinden.

Der Vorstand der Vereinigung der Maler Deutschl.

Allen Verwandten und Bekannten für die stille Theilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sowie dem Herrn Pastor Tegtmeyer sagen unsern innigsten Dank

Heinrich Seehase und Kinder

nebst Schwiegermutter.

---

2 elegante Damen-Masken-Anzüge

Wede, Johannisstraße 81.

Putzarbeiterinnen

sucht bei hohem Gehalt

D. Wagner, Holstenstraße.

Sofort gesucht

ein Laufbursche

außer der Schulzeit.

Albert Meincke.

Arbeiterinnen

und

Böttchergesellen

werden gesucht.

Hanseat. Fisch-Industrie-A.-G.

vorm. J. H. Schumacher.

Ein guterhaltener Gehrock, passend für Confirmand. zu verkaufen Hundestraße 32, 1 Et.

Schweinefleisch 55 Pfg., Carbonade 70 Pfg. fetter Speck 60 Pfg., magerer Speck 70 Pfg., ger. Nacken 70 Pfg, Casseler Rippespeer 75 Pfg., ger. Schweinefleisch 65 Pfg., Rothwurst 50 Pfg., Preßwurst 50 Pfg., ger. Mettwurst 90 Pfg., gek. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg., Schwarzsauer 10 Pfg., Bratenschmalz 40 Pfg., Flohmenschmalz 60 Pfg., sowie sämmtliche anderen Fleisch- und Wurstwaaren empfiehlt **H. Labrtz, Böttcherstraße.**

Wo speisen Sie?

Speise-Halle

Neptun

14 Fischstraße 14
1. Etage.

Mittagstisch

von 11½—2 Uhr, à Person 40 Pfg. und 50 Pfg.

Abendessen von 6—9 Uhr, à Person 30 und 40 Pfg.

Bierführer

oder sonst geeignete Leute, die Lust haben, sich selbstständig zu machen und hier am Platze ein Flaschenbiergeschäft zu errichten, werden von einer hier seit Jahren vertretenen auswärtigen

Großbrauerei

ersucht, ihre Offerten unter N P 55 in der Exped. d. Bl. niederzulegen. — Auf Unterstützung nach allen Richtungen kann im Fall gerechnet werden.

Oeffentliche Protestversammlung

am Montag den 19. Februar

Abends 8½ Uhr

im Circus „Reuterkrug".

Tages-Ordnung:

Die neue Flottenvorlage und die Deckungsfrage.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Th. Schwartz.**

Diskussion.

Zahlreichen Besuch sehen entgegen

Die Vertrauenspersonen.

Gesucht Schirrmeister und Schiffsbauer

für Fluß- und Klein-Seedampfer.

Guter Accord und guter Stundenlohn. 3 Tage Reise von Lübeck Freie Reise.

Société Anonyme, Wiborg (Finnland).

Couverts mit Trauerrand, Contobücher 2c.

Briefbogen u. Briefumschläge

empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9

empfiehlt gut gearbeitete

Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren

zu soliden Preisen.

Arbeits-Garderoben u. Schuhwaaren aller Art

dauerhaft und billig

empfiehlt

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Sämmtliche

Colonial- und Fettwaaren, Spiritusen, Tabak, Cigarren

empfiehlt in bester Qualität und billigst

Rud. Kracht, Ratzeb. Allee 40.

Central-Speise-Halle

Hüxstraße 61 Hüxstraße 61

Großer Mittagstisch von 11½ bis 2 Uhr à Person 30, 40 u. 50 Pfg.

Abendessen von 6—9 Uhr à Person 30 u. 40 Pf.

Parthie hies. fetten Speck

per Pfd 70 Pfg. empfiehlt

Gustav Glöde, Karpfenstraße 26, Ecke Teichstraße.

29

Mühlenstraße

Total-Ausverkauf

wegen

Verkauf des Hauses

zu jedem nur annehmbaren Preis.

Leder-Manns-Westen jetzt 50 Pfg.
Sommer-Hosen jetzt 75 Pfg.
Manns-Jacketts m. Futter jetzt 1,95 Pfg
Loden-Joppen, Leder-Hosen, Leder-Jacketts, Arbeiter- u. Normalhemden u. Jacken, Buckskin-Hosen, baumwoll. Knaben-Anzüge u. s. w. fabelhaft billig.

Ferner zur **Confirmation** geeignet:
1 Posten Damen-Hemden u. -Hosen
1 Posten Nachtjacken
1 Posten Corsetts in allen Weiten
1 Posten Strümpfe und Socken
1 Posten Schürzen mit u. ohne Achseln
1 Posten Kragen und Cravatten
1 Posten Unterröcke

Die hierfür angesetzten Preise sind **einfach concurrenzlos**

1 Posten Strickwolle sehr billig.

Wilh. Markmann

Mühlenstraße 29.

Mühlenstraße

29

Möbelkäufern

empfehle ich mein wirklich großes neu complettirtes Lager dauerhaft gearbeiteter

Möbel jeder Art.

Folkers' Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Masken-Garderoben

für Herren und Damen

in größter Auswahl

empfiehlt zu den billigsten Preisen

H. Vitense, Theatergarderobier,

Fleischhauerstraße 18, Weinhaus Voigt.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 17. Februar

Abends 8½ Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Schmiede!

Die Mitglieder-Versammlung am Sonnabend den 17. Februar fällt Umstände halber aus.

Der Vorstand.

Hansa-Halle. Sonntags: **Kränzchen.** Damen frei.

Stadt-Theater.

Sonnabend. Opernpreise.

Frau Venus.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 40. Sonnabend, den 17. Februar 1900. 7. Jahrgang.

Prozeß Gottschalk contra Lehmann-Hohenberg.

Am Dienstag Nachmittag hat, wie schon kurz gemeldet, vor der Kieler Strafkammer sich ein Prozeß abgespielt, dessen Verlauf auf die Thätigkeit des früheren Elberfelder Polizeikommissar Gottschalk und des Kronzeugen im Niederwald-Attentats-Prozesse, des früheren Webers Palm, recht interessante Streiflichter warf. Und nicht nur dieses, auch für die Ziethensache dürfte der Prozeß wesentliche Momente gezeitigt haben, er ist aus einer rein persönlichen Angelegenheit zu einer solchen von allgemeinem Interesse geworden.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses knüpft bekanntlich an den Prozeß Landauer-Gottschalk vom März 1899 in Berlin an. Der durch sein Eintreten für die streikenden Hamburger Hafenarbeiter bekannt gewordene Kieler Universitätsprofessor Lehmann-Hohenberg hatte über diesen Prozeß in einem von ihm herausgegebenen Blatte, „Volksanwalt, Unabhängiges Organ im Kampfe um eine neue Weltanschauung und deutsches Recht, Zwangslos erscheinende Blätter für Entwickelungslehre und Volksveredelung", einen Bericht gebracht, in dem er den Kommissar Gottschalk beleidigt haben soll.

Schon einmal, im November 1899, hatte in dieser Sache Verhandlung stattgefunden, wurde aber vertagt, weil das Gericht einem Antrag des Angeklagten, folgende Zeugen vernehmen zu lassen, stattgab: Gottschalk selbst, den Kammergerichtsrath Uhles in Berlin, früher Untersuchungsrichter in Elberfeld, Sanitätsrath Koch in Gera, Kreisphysikus Dr. Berger in Elberfeld und den früheren Weber Palm aus Elberfeld.

Diese Zeugen sollten darüber vernommen werden, ob Gottschalk beim Niederwald-Attentat als agent provocateur gewirkt habe.

Diese kommissarische Zeugenvernehmung ist nun inzwischen erfolgt und aus derselben sind noch besonders bemerkenswerth die Aussagen des Kreisphysikus Berger und des Palm.

Dr. Berger sagte aus, daß er bei der Gründung von Ortskrankenkassen im Jahre 1884 in den Vorstandssitzungen dieser Kassen mit den Arbeitnehmerbeisitzern zusammengekommen sei und daß diese auf dem Nachhausewege anläßlich eines Gesprächs über den Ziethenprozeß, auch über den Kommissar Gottschalk Mittheilungen gemacht hätten. Sie hätten gesagt, daß Gottschalk Vergehen und Verbrechen finden könne, wo keine seien und daß er auch seine Hand bei den Dynamiattentaten im Spiele gehabt habe. Der verstorbene Polizeiinspektor Hahne habe ihm gesagt, daß er mit Gottschalk wohl zufrieden sei, daß dieser jedoch in der politischen Polizei nicht ganz zuverlässig sei. Der frühere Bahnhofsrestaurateur Fischer in Mirke, jetzt in Elberfeld, habe ihm erzählt, daß zur Zeit des Niederwalds-Attentats Gottschalk mit einem Weber aus der Umgegend hinter dem Bahnhof mehrfach in einem besonderen Zimmer des Bahnhofs zusammen getroffen sei.

Von ganz besonderem Interesse aber ist die Aussage, welche der frühere Weber Palm bei seiner kommissarischen Vernehmung am 5. Januar 1900 in Köln gemacht hat und die wir, soweit wir der Verlesung folgen konnten, fast wörtlich wiedergeben.

„Der Distriktskommissar Gottschalk wurde vor dem Niederwald-Attentat von den Sozialdemokraten und Anarchisten als ein sehr strenger und scharfer Beamter angesehen, doch glaube ich nicht als ein schlechter Mensch, der fähig wäre, Verbrechen zu provoziren. Nach dem Attentat hat mir längere Zeit, jedenfalls aber vor dem Jahre 1899, Niemand etwas Derartiges gesagt. Ich lebe nämlich, soweit ich mich erinnere, seit 1885 ganz zurückgezogen und komme nur mit wenigen Menschen zusammen. Thatsachen, aus denen sich ergiebt, daß Gottschalk das Niederwald-Attentat provozirt hat, kann ich nicht angeben. Ich habe vor dem Attentat mit Sozialdemokraten verkehrt, bin auch selbst Sozialdemokrat gewesen, jedoch habe ich mich von der politischen Bewegung zurückgezogen, als seinerzeit mir Reinsdorf das Ansinnen stellte, an Gewaltmaßregeln theilzunehmen. Ich habe mich auf einen Brief des Abgeordneten Bebel an den früheren Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Elberfeld, in dem der Reinsdorf als Spitzel bezeichnet ist, zurückgezogen.

Meiner Meinung nach hat Gottschalk erst nach dem Niederwald-Attentat durch mich etwas über die Attentäter erfahren. Ungefähr acht Tage nach dem Attentat, als ich zur Anmeldung eines Gesellen auf dem Bureau des Gottschalk zu thun hatte, habe ich diesem nebenbei gesagt, daß ich die Absicht habe, mich vom politischen Leben zurückzuziehen und keine Versammlungen mehr besuchen wollte.

Gottschalk habe da gesagt, ich solle den Beweis liefern, daß mir dieses ernst sei. Dann habe ich ihm gesagt, daß Dinge vorgekommen seien, die ich nicht billigen könne. Ob dieses nun am selben Tage noch war, weiß ich nicht.

Auf Aufforderung Gottschalks bin ich dann öfters zu ihm gegangen und habe ihm das, was ich über das Attentat wußte, nach und nach mitgetheilt.

Vor der Anmeldung des Gesellen und vor dem Attentat habe ich mit Gottschalk keine Beziehungen unterhalten. Wohl habe ich Gottschalk gekannt und jedenfalls auch mit demselben gesprochen, aber nicht über politische Dinge, am allerwenigsten über das beabsichtigte Niederwald-Attentat.

Davon habe ich erst nach demselben in einer Versammlung bei Söhnchen in Barmen von den Thätern selbst erfahren, als diese es den etwa 13—15 Versammelten mittheilten. Bei meinen Mittheilungen an Gottschalk habe ich die Meinung bekommen, daß Gottschalk nicht das Geringste gewußt hat, wer die Attentäter gewesen sind.

Auf weiteres Befrage erklärte Zeuge: Vor dem Attentat sind öfters 2—3 Personen, darunter Reinsdorf, Küchler und Bachmann, in meiner Wohnung gewesen. Ob dieselben durch Polizisten von einem benachbarten Hause aus beobachtet worden sind, weiß ich nicht. Ich habe bei meinen Mittheilungen an Gottschalk von ihm öfters 3—6 Mark Entschädigung für Versäumnisse — so nannte er es — bekommen. Weitere Zuwendungen und Vortheile habe ich nicht erhalten."

Professor Lehmann-Hohenberg glaubt, daß Palm einen Meineid geleistet. Derselbe habe sicher schon vor dem Niederwald-Attentat Beziehungen mit Gottschalk gehabt. Er bedaure, daß die Zeugen nicht entsprechend seinem Antrage vernommen worden seien, sondern darüber, ob Gottschalk das Niederwald-Attentat überhaupt angezettelt habe. In Folge dieser falschen Fragestellung habe er weitere Beweisanträge zu stellen.

Während seiner Ausführungen wurde der Angeklagte mehrfach unterbrochen. Der Staatsanwalt stellte wiederholt den Antrag, dem Angeklagten das Wort zu beschneiden, weil dieser auch auf die Vorgänge im Posen'schen, in denen Gottschalk eine zweifelhafte Rolle gespielt habe, hinweist. Das Gericht entspricht auch stets diesen Anträgen. Eine ganze Reihe besonders benannter Beweisanträge werden abgelehnt. So stellte Professor Lehmann-Hohenberg den Antrag:

1) den Metteur Hirschi von der „Elberfelder Zeitung" darüber zu vernehmen, in welcher Weise der damalige Elberfelder Polizeikommissar Gottschalk versucht hatte, den später hingerichteten Küchler an der „Elberfelder Zeitung" anzubringen.

2) den Rendant Mehlhorn der Elberfelder Ortskrankenkasse über die Bezeichnung Gottschalks als agent provokateur.

3) den Schlossermeister Cordes, Hochstraße 101, über dasselbe und über Palm

den Expedienten Friedrich Harm von der „Freien Presse", Elberfeld.

4. den früheren Schreiber des Gottschalk, Johannes Schweden. Derselbe soll, wie das ganze Bureau des Gottschalk, gewußt haben, daß das Dynamitattentat erfolgen würde. Auch über die Frage, welcher Art die Beziehungen Gottschalks zu Palm waren und in welcher Zeit sie stattfanden. Auch darüber soll er vernommen werden, ob Gottschalk, als er zur Ueberwachung des Kaisermanöver 1883 kommandirt gewesen, eine Zusammenkunft mit Palm gehabt habe, bei der Gottschalk mit so lauter Stimme zu Palm gesagt habe: „Unterstehen Sie sich nicht, ins Manövergelände zu kommen, sonst verhafte ich Sie." „Nein, nein, ich gehe nicht," habe Palm erwidert. Schweden habe sich gleich gedacht, daß etwas geschehen solle.

5. den Restaurateur Hubert Fischer, Altenmarkt in Elberfeld, und dessen Ehefrau darüber, daß Gottschalk im Bahnhofe Mirke Zusammenkünfte gehabt habe, zu welcher Zeit, ob vor oder ob nach dem Niederwald-Attentat.

6. den Strafgefangenen Franz Reinhold Rupsch darüber, welcher Art die Beziehungen Palm's zum Niederwald-Attentat gewesen waren.

7. den Albert Ziethen darüber, wie Gottschalk ihn zu überführen versucht habe, und dann noch eine ganze Reihe weiterer Zeugen, darunter auch den Polizeilieutenant Tausch und den Polizeirath von Meerscheidt-Hüllessen über die Vernehmung des früheren Lehrlings von Ziethen, Wilhelm.

Alle neuen Beweisanträge des Angeklagten wurden kurzer Hand abgelehnt, daß schließlich L.-H. dagegen protestirte.

In seinem Plaidoyer nahm der Staatsanwalt den anwesenden Distriktskommissar Gottschalk warm in Schutz. Seit 17 Jahren seien diesem eifrigen, pflichttreuen Beamten fortgesetzt immer und immer wieder die schwersten Dinge nachgesagt. Dem Faß hate aber den Boden ausgeschlagen, daß der Angeklagte durch einen Privatdetektiv dem Vorleben des Angeklagten nachgespürt habe. Es sei bedauerlich, daß er dieses einem Universitätsprofessor nachsagen müsse. Aber mit dieser Thatsache habe er sich den letzten Rest von Schonung verwirkt. Er beantrage nicht nur nicht keine Geldstrafe, sondern eine empfindliche Gefängnißstrafe von 3 Monaten für die Beleidigung des pflichttreuen Beamten Gottschalk, dem zahlreiche Personen ihre Rettung verdankten, als Sühne.

Der Vertreter des Nebenklägers Gottschalk folgt den Worten des Staatsanwalts und Gottschalk selbst hält es für nöthig, sich auch zu vertheidigen. Er brauche sich Nichts zu schämen, rein stände er da. Seit 17 Jahren sei er der Gegenstand gehässiger Angriffe gewesen und jetzt benutze auch L.-H. seine Person und seine Ehre, um seiner Ueberzeugung von der Unschuld des Ziethen Ausdruck zu geben. L.-H. stelle die Sache so dar, als wenn unsere Weltordnung schlecht und morsch sei. Wenn er heute L.-H. erleuchten könne, so würde dieser ablassen von seinem Thun und seinen Ideen.

Die Ausführungen Lehmann-Hohenbergs bewiesen jedoch, daß er nicht durch Gottschalk erleuchtet war und auch gerne auf diese Ehre verzichtet. Er findet in seinen Artikeln nicht die geringste Beleidigung, er habe mit denselben ideale Zwecke verfolgt und nicht die Absicht gehabt, Gottschalk beleidigen zu wollen. Er beantrage daher Freisprechung.

Das Gericht folgte aber im Allgemeinen den Deduktionen des Staatsanwalts, es hielt eine „schwere Beleidigung" für vorliegend und erkannte auf eine Geldstrafe von 600 Mark sowie Veröffentlichung des Urtheils in verschiedenen Zeitungen. Herr Lehmann-Hohenberg hat gegen das Urtheil sofort Revision eingelegt.

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.

Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

(37. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Noch während Müller sprach, erfaßte ein eisiger Luftzug den Wagen und die feurigen Schlangen zuckten schrecklicher als je. Der Sturm brach über ihnen los.

„Kommen Sie, vorwärts!" rief er; „Sie kommen sonst hier um, der Blitz schlägt immer längs des Wassers ein; und während er dies sagte, schlug er eins der Pferde heftig mit der Peitsche.

„Steig über den Rücksitz, Mouti, und hilf mir mit den Zügeln," rief John dem Zulu zu, der gehorchte und zwischen ihn und Jeß kletterte.

„Nun, Jeß, beten Sie zu Gott, es scheint, daß wir seine Hilfe nöthig haben. Komm, Schimmel, komm!"

Die Pferde scheuten und bäumten sich zurück; aber von der einen Seite trieb sie Müller, von der andern der sanft aussehende Bur ohne Erbarmen vorwärts und endlich rasten sie plötzlich ins Wasser. Der Windstoß war für den Augenblick vorüber und außer dem Gurgeln des Flusses und dem schlangenartigen Zischen des Regens wurde die Stille durch nichts unterbrochen.

Zehn oder fünfzehn Schritte ging alles gut, dann aber entdeckte John plötzlich, daß sie in tiefes Wasser geriethen; die beiden Vorderpferde hatten offenbar schon keinen Grund mehr und konnten der Strömung des angeschwollenen Flusses kaum noch widerstehen.

„Zum Teufel auch," rief er, „zurück! Hier ist keine Furt!"

„Vorwärts, vorwärts, es ist alles in Ordnung!" lautete Müllers Antwort.

John sagte nichts mehr, aber er versuchte mit all seiner Kraft die Pferde herumzureißen. Jeß wandte sich auf ihrem Sitz, um Umschau zu halten, und gerade in diesem Augenblick beleuchtete ein Blitz die Gestalten Müllers und seiner Gefährten, die von den Pferden gestiegen waren und am Ufer stehend die Läufe ihrer Gewehre auf den Wagen gerichtet hielten.

„O Gott!" kreischte sie auf, „sie schießen auf uns!"

Kaum waren diese Worte ihren Lippen entflohen, als an den Mündungen der drei Gewehre Feuer aufblitzte und der Zulu Mouti, der neben ihr saß, den Kopf voraus auf den Boden des Wagens fiel, während eins der Pferde mit einem Schrei der Todesangst hoch in die Luft stieg und dann platschend in den Fluß stürzte.

Hierauf folgte eine Szene des Entsetzens, welche meine schwache Feder nicht zu schildern vermag. Ueber ihnen raste der Sturm und Blitze um Blitze zuckten und fuhren in das Wasser. Auch der Donner erdröhnte wie die Posaune des Gerichtes, der Wind brauste hernieder und verwandelte die Oberfläche des Flusses in schäumende Gischt und fing sich unter der Decke des Wagens, den er von den Rädern emporhob, so daß er zu schwimmen begann. Durch die Wuth des Sturmes und den Todeskampf des Deichselpferdes geängstigt, zerrten und rissen die beiden Vorderpferde so lange an den Strängen, bis es ihnen gelang, sich frei zu machen und dann verschwanden sie in der Dunkelheit. Der Wagen schwamm fort, bald den Grund berührend, bald wie ein Nachen gleitend, hin und her schaukelnd und sich um und um im Kreise drehend. Das todte Pferd schwamm mit und zog auch das zweite Deichselpferd unter das Wasser. Es war entsetzlich, den verzweifelten Kampf des Thieres beim Zucken der Blitze zu beobachten, aber endlich sank es unter und ertrank.

Und währenddem vernahm man zwischen den Lärm und das Getöse des Sturmes hinein klar und scharf das Knallen der drei Flinten, so oft das Leuchten der Blitze den Mördern am Ufer den Wagen sichtbar machte. Mouti lag noch immer unten im Wagen, eine Kugel zwischen seinen breiten Schultern, die zweite im Schädel; John aber fühlte sich noch bei voller Kraft, obgleich etwas an seinem Gesicht vorbeigeflogen war und es gestreift hatte. Instinktiv zog er Jeß auf seine Kniee und beugte sich über sie in dem dunklen Gedanken, daß er sie vielleicht mit seinem eignen Leibe vor den Schüssen schützen könne.

Die Kugeln schlugen in das Holz und die Leinwand und pfiffen durch die Luft, aber eine gütige Macht beschützte unsere Freunde, und obgleich eine Kugel durch Johns Rock und zwei durch Jeß' Kleid fuhren, blieben sie doch unverletzt. Bald wurde das Schießen hastig und regellos und dann stürzte der Regen hernieder und verhüllte sie so dicht, daß selbst die Blitze den Mördern am Ufer nicht mehr verrathen konnten, wo sie weilten.

„Hört mit dem Schießen auf", rief Frank Müller; „der Wagen ist gesunken, und die Sache ist zu Ende. Kein menschliches Wesen kann unserm Feuern und dem angeschwollenen Vaal widerstanden haben."

Die beiden Buren hörten auf zu schießen und der Ebert bemerkte mit traurigem Kopfschütteln, daß die verdammten Engländer im Flusse nicht viel nässer sein könnten, als jetzt am Ufer.

Das Gnu gab keine Antwort; sein Gewissen fühlte sich bedrückt. Er dachte an die sanften Finger, die ihm noch heute morgen den Kopf verbunden hatten; das Taschentuch — ihr Taschentuch! — war noch darum gewunden. Und nun klammerten sich diese Finger im Todeskampfe an die schlüpfrigen Steine des Vaal oder waren wohl schon im Tode erstarrt. Es war eine schmerzliche Empfindung, aber er tröstete sich mit dem Gedanken an den Befehl und daran, daß, wer immer die Leute erschossen habe, er es sicher nicht gewesen sei, denn er hatte jedesmal sorgfältig weit an dem Wagen vorbeigeschossen.

Müller dachte an den Vollziehungsbefehl, den er gefälscht hatte; er mußte ihn auf irgend eine Weise zurückbekommen, und sollte er —

Das allgemeine Volksurtheil wird durch das Urtheil des Kieler Langerichts natürlich nicht berührt.

Während der Verhandlung in Kiel ereignete sich ein Zwischenfall: Redakteur Korn von der „Schleswig-Holstein. Volksztg.", der sich im Zuschauerraume befand, wurde wegen „Ungebühr vor Gericht" zu 48 Stunden Haft verurtheilt und sofort abgeführt. Sein Verbrechen bestand darin, daß er „Aha!" rief, als der Staatsanwalt erklärte, daß selbstverständlich Gottschalk mit Anarchisten und Sozialdemokraten Beziehungen unterhalten und in andern als in seinen Kreisen verkehren mußte.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Weberstreik bei der Firma Colsmann in Kupferdreh dauert an. Der Fabrikant lehnte eine Vermittelung ab, erklärte sich bereit, mit den Arbeitern direkt zu verhandeln, legte ihnen dann aber ein Schriftstück vor, durch dessen Unterzeichnung sie sich verpflichten sollten, aus dem niederrheinischen Weberverband auszutreten. Ferner stellte er den Arbeitern, die in den von ihm gemietheten Häusern wohnen, durch den Gerichtsvollzieher die Kündigung zu. — In der Gießerei von Steinkopf in Buckau-Magdeburg, Bleckenburgstraße, sind Differenzen wegen starker Reduzirung der Akkordpreise ausgebrochen. Wenn nicht ein Uebereinkommen erzielt wird, dürften die Former die Arbeit niederlegen. — Die Putzer (Maurer) in Jüterbogk haben einstimmig beschlossen, die Akkordarbeit abzulehnen. Wahrscheinlich wird es in Folge dieses Beschlusses zu Differenzen mit den Unternehmern kommen, und wird deshalb gebeten, den Zuzug fernzuhalten. — Der Streik der Metallarbeiter in Antwerpen hat sich seit Dienstag auch auf die Zimmerleute ausgedehnt; auch die Schiffsverlader drohen sich der Streikbewegung anzuschließen, wenn ihre Forderungen, betreffend Abkürzung der Arbeitszeit innerhalb drei Tagen nicht bewilligt werden. Die Coqueril'schen Metallarbeiter sind ebenfalls ausständig.

Bergarbeiterbewegung in Sachsen. Die Würfel sind gefallen! Mittwoch früh sind im Zwickauer Revier zwei Drittel von den Tagesbelegschaften nicht eingefahren. Von den Nachtschichtarbeitern wurde eine noch stärkere Streikbetheiligung erwartet. Im Lugau-Oelsnitzer Revier ist die Belegschaft der Zeche Rhenania bereits am Montag nicht wieder angefahren. Am selben Tage noch folgten die Belegschaften der Werke Bockwa-Hohndorf-Vereinigtfeld, Steinkohlenbauverein Hohndorf (Helene- und Idaschacht), Oelsnitzer Bergbaugewerkschaft Hedwigschacht, Steinkohlenbauverein Konkordia zu Oelsnitz und Steinkohlenbauverein Kaisergrube zu Gersdorf. Die königstreuen Knappen betheiligen sich an dem Streik nicht. Sie haben einen Aufruf an die Kameraden erlassen, sich nicht „durch Hetzerei" verleiten zu lassen, einen unbesonnenen Schritt zu thun, der ihnen den größten Schaden bringen müssen, da ein Streik aussichtslos sei. Es wird den Kameraden gerathen, sich mit den von den Werksleitungen gebotenen Lohnerhöhungen (bis zu 10 Pfg. pro Schicht für jeden Arbeiter!) zu begnügen. Trotz dieses Aufrufes ist der Streik ausgebrochen und greift immer weiter um sich. Ein Beweis, daß die Bergarbeiter mit den von den Werksleitungen gebotenen Brocken nicht zufrieden sind.

Die Bergarbeiterbewegung greift auch auf das Ruhrgebiet über. Aus Bochum, 13. Februar, wird der „Volksztg." geschrieben: Die Vorstände des Verbandes Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter und des christlichen Gewerkvereins der Bergleute haben im Laufe dieser Woche die schon seit vielen Jahren erhobenen Forderungen der Ruhrbergleute wieder an den bergbaulichen Verein und an die Zechenverwaltungen des Ruhrreviers eingereicht. Auch den Bergbehörden und der Regierung ist davon Mittheilung gemacht worden. Die Forderungen lauten: 1. Möglichste Ausgleichung der Löhne. 2. Freiwilligkeit der Ueberschichten. 3. Anständige Behandlung der Arbeiter. 4. Ueberlassung guter Brandkohlen zum Selbstkostenpreise. 5. Einrichtung von Verbandsstuben und Ausbildung von Sanitätsmannschaften, sowie Anschaffung von Transportwagen für Verletzte. 6. Säuberung der Waschkannen resp. Schaffung von Brausebädern. 7. Genügend große, saubere Umkleideräume, nebst Gelegenheit, die Kleider sicher aufzubewahren. 8. Stellung von sicheren Gezähekisten. 9. Theilnahme der Arbeiter an den Unterstützungskassen. Die Beantwortung ist bis zum ersten März erbeten. Durch Unbescheidenheit zeichnen sich diese Forderungen wahrlich nicht aus. Werden sie abgelehnt und kommt es zu einem Streik, wie in Sachsen, so steht Deutschland vor einem wirthschaftlichen Kampfe und einer Kohlennoth, wie wir sie in Oesterreich jetzt erleben. In Essen hat sich eine Bergarbeiter-Versammlung gegen die Ausfuhr von Ruhrkohlen nach den österreichischen Streikgebieten ausgesprochen.

In den österreichischen Revieren dauert der Streik mit unverminderter Heftigkeit weiter. In Mährisch-Ostrau wurde Dienstag in 24 Arbeiterversammlungen über das Scheitern des Einigungsamtes berichtet. Die Arbeiter geriethen darüber nicht in Aufregung. Sie erklärten sich entschlossen zum Ausharren bis aufs Aeußerste. Sie erwarten nun eine ausgiebige Hülfe vom Reichsrath und der Regierung; sie bestehen noch immer auf der Einführung der Achtstundenschicht, event. auf Grund des § 14. Sie verlangen die Sequestration aller Gruben, deren Besitzer sich weigern, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Der Streik der Maschinisten und Heizer gewinnt an Ausdehnung. Es fehlt an Ersatzkräften, so daß die Sicherheit der Gruben in Frage gestellt ist.

Zur schiedsrichterlichen Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten soll jetzt in Dänemark ein Schritt gethan werden. Noch vor dem Vergleich, der die große Arbeiter-Aussperrung beendigte, hatte Ministerpräsident Hörring versprochen, daß er, wenn ein Schiedsgericht bei der Vereinbarung eingesetzt werden sollte, ein Gesetz ausarbeiten werde, das diesem Schiedsgericht das Recht der Zeugenvernehmung, wie den Gerichtshöfen einräumt. Dieser Antrag ist nun ausgearbeitet und dem Follkething zugegangen. Eine königliche Anordnung kann bestimmen, daß ein Schiedsgericht zwischen Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeiter Zeugenvernehmungsrecht erhält, unter der Voraussetzung, daß das Schiedsgericht in Kopenhagen seinen Sitz hat und der Vorsitzende in seiner Person die Erfordernisse besitzt, die ein gewöhnlicher Richter haben muß. Die Pflicht, als Zeugen zu erscheinen, wird den Bewohnern von Kopenhagen und Frederiksborg auferlegt. Im Uebrigen gelten die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzes. Auch außerhalb Kopenhagens können Zeugenvernehmungen nach den Regeln des Fremdenrechts vorgenommen werden. Treten in den Organisationen Veränderungen ein, sind sie dem Justizministerium mitzutheilen, und streiten dieselben gegen diese Bestimmungen, so erfolgt die Aufhebung der Verfügung. Eine Regierungskontrolle der Schiedsgerichte findet nicht statt.

Gemeindewahlen. Bei den Bürgerausschußwahlen in Bulach sowie in Darlanden (Baden) siegte in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit großer Majorität.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Im Monat Dezember v. J. sind auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayerischen — 14 Entgleisungen auf freier Bahn (davon 4 bei Personenzügen), 27 Entgleisungen in Stationen (davon 12 bei Personenzügen), 8 Zusammenstöße auf freier Bahn (davon 2 bei Personenzügen), 23 Zusammenstöße in Stationen (davon 4 bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurden 2 Bahnbedienstete getödtet, 13 Reisende und 36 Bahnbedienstete verletzt. — Einen Selbstmordversuch im Gerichtssaale machte Mittwoch Vormittag der Schuhmacher Rohleder in Berlin. Derselbe war des schweren Diebstahls angeschuldigt, und als der Staatsanwalt gegen ihn eine Strafe von zwei Jahren Zuchthaus beantragte, zog er plötzlich ein Schuhmachermesser hervor und versuchte sich zu erstechen. Der Gerichtsdiener hatte einen schweren Kampf zu bestehen, um dem Wütherich das Messer zu entreißen. Rohleder wurde schließlich zu drei Jahren Zuchthaus, fünfjährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Aus Celle wird dem „Hann. Cour." mitgetheilt, daß Mittwoch früh 8 Uhr unter den Eichen bei Boye ein Säbelduell stattgefunden habe. Ueber die Ursache, die Personen und den Ausgang des Zweikampfes ist nichts Genaues zu erfahren, denn die Wagen waren vorsorglich nach Boye gesandt resp. weiter zurückgeschickt. — In Proschwitz (Oberlausitz) wurde der Fabrikbesitzer Kleber vom Wasserrade seines maschinellen Betriebes erfaßt, erlitt fürchterliche Quetschungen und verstarb nach wenigen Minuten. — Dienstag Vormittag wurde, wie aus Würzburg gemeldet wird, im Main bei der neuen Infanteriekaserne die Leiche des Soldaten Stepp vom 9. Inf.-Reg. gelandet. Stepp hatte sich vor etwa vier Wochen von seinem Regiment entfernt; Mütze und Säbel wurden am Mainufer gefunden. Man glaubte damals, daß er aus unbekannten Gründen desertirt sei. — In St. Avold in Lothringen erstach ein Unteroffizier des 69. Regiments einen Kameraden in einer Wirthschaft bei einer muthwilligen Fechtübung. — In der Nacht zum Dienstag wüthete in Paris ein überaus heftiger Sturm, der überall Störungen hervorrief. Die telegraphischen Verbindungen mit der Schweiz, Oesterreich, England, Italien, Spanien, Portugal, Straßburg und Frankfurt, sowie mit mehr als hundert Telegraphenstellen in Frankreich wurden unterbrochen.

Der Mord durch die Post. Ein sensationeller Mordprozeß gegen ein Mitglied der vornehmsten New-Yorker Gesellschaft endete am Sonnabend spät Nachts mit der Schuldigsprechung des Angeklagten. Dieser, Roland Malineux, der Sohn eines verdienten Generals und ein Löwe der New-Yorker Salons, ist überführt, eine Mrs. Adams vermittels eines Giftes, das er als angebliches Brausepulver per Post in ihr Haus geschickt hatte, ermordet zu haben. Die Geschichte dieses Mordes ist reich an tragischen Momenten, von denen einer ist, daß das tödliche Pulver nicht für die Person bestimmt war, die daran starb. Roland Molineux lebte eine Zeit lang mit einer Miß Blanche Cheseborough zusammen und heirathete sie auch später. Zwei seiner Klubfreunde, Barnet und Cornish, haben ihm anscheinend Verdacht zur Eifersucht gegeben, und seitdem haßte Molineux, der als ein brutaler und rachsüchtiger Mensch geschildert wird, die Beiden glühend. Das war im Jahre 1898. Gegen Ende des Jahres starb Barnet ganz plötzlich. Wie sich herausstellte, war er durch ein Pulver von Cyanquecksilber, das ihm mit der Bezeichnung Brompulver durch die Post anonym zugeschickt war, vergiftet. Kurze Zeit nach dem Tode Barnet's erhielt Cornish ebenfalls durch die Post ein Pulver zugeschickt, das wie eins der kleinen Reklameprobesendungen, die größere Firmen zu veranstalten pflegen, erschien, und angeblich ein Beruhigungsmittel für die Nerven sein sollte. Cornish beachtete die Sendung nicht, durch einen unglücklichen Zufall fiel sie der Mrs. Adams, der Tante Cornish's, die mit ihm dasselbe Haus bewohnte, in die Hände, und sie nahm es im guten Glauben ein. Wenige Secunden darauf war sie eine Leiche. Das Beweismaterial gegen Molineux war erdrückend und trotz seines Leugnens sprach ihn die Jury nach achtstündiger Berathung schuldig. Es wurde nachgewiesen, daß er unter falschem Namen auf der Post Sendungen von chemischen Instituten und Medicinfabriken erhoben hatte, daß das Papier, auf dem er mit diesen Firmen unter anderem Namen correspondirte, von derselben eigenartigen Beschaffenheit war, wie Das, welches Molineux für seine Privatbriefe benutzte und mehrere Schreibsachverständige beschworen einstimmig, daß die Aufschrift auf der Postsendung an Cornish identisch mit der des Angeklagten sei. Molineux erklärte sich für das Opfer einer Verschwörung und wollte von allen den Einzelheiten der Anklage nichts wissen. Er erwartete anscheinend mit aller Bestimmtheit seine Freisprechung, und als der Spruch der Geschworenen verkündet wurde, sprang er auf, „wie von einem elektrischen Schlage getroffen". Der Gerichtssaal war von Zuschauern der Newyorker Noblesse überfüllt, und als der Spruch ertönte, fielen mehrere Damen in Ohnmacht, andere weinten laut, und auch ein Mitglied der Jury soll dabei geweint haben. Als der Vorsitzende den Angeklagten fragte, ob er irgend Etwas zu sagen habe, rief dieser wüthend, man solle ihn nur sofort zum Tode verurtheilen. Das geschah nun allerdings nicht, sondern der Urtheilsspruch wurde auf kommenden Freitag verschoben. Der Vertheidiger Molineux's erklärte, daß er sofort Berufung gegen das Urtheil einlegen würde, und daß er überzeugt sei, der Appellationshof werde das erste Urtheil kassiren. Ein großer Theil der Beamten und Freunde des Angeklagten glaubt fest an seine Unschuld, und sein Vater erklärte nach der Sitzung öffentlich, daß er von der Unschuld seines Sohnes überzeugt sei. Es scheint, daß diese cause celèbre nicht so bald zu Ende sein wird.

„Wir wollen dort am Ufer Schutz suchen; ich weiß eine flache Stelle, wo die Küste etwas überhängt. Ich muß auch einen Schluck Branntwein nehmen; wir können in diesem Regen nicht aussitzen, man ertrinkt ja fast. Allmächtiger! ich sehe noch das Gesicht dieses Mädchens vor mir! der Blitz erhellte es gerade, als ich schoß. Nun, sie wird jetzt im Himmel sein, wenn Engländer überhaupt hereinkommen."

Der Eber hatte dies gesagt, und das Gnu war, ohne zu antworten, mit ihm auf die Pferde zugegangen; sie führten die geduldigen Thiere, an denen das Wasser herabströmte, am Zügel mit sich fort. Frank Müller stand neben seinem eigenen Pferde und sah sie in der Dunkelheit verschwinden. Wie konnte er den Befehl zurückbekommen, ohne seine Hände noch röther zu färben?

Während er nachsann, kam ihm die Antwort. In diesem Augenblick schoß, von einem mächtigen Donnerschlag begleitet, einer jener entsetzlichen Blitze hernieder, mit denen ein afrikanisches Gewitter häufig zu Ende geht. Er erhellte die ganze Szene ringsum und in seinem weißen Lichte sah Müller seine Genossen im Verbrechen so klar, wie der große König die Männer im Feuerofen. Sie befanden sich vierzig Schritte von ihm entfernt am Ufer; aufrecht standen sie in diesem Augenblick, im nächsten stürzten Männer und Pferde plötzlich zur Erde nieder. Und dann ward um Müller her wieder alles dunkel; er taumelte zurück, so groß war die Erschütterung; als sie vorüber war, stürzte er nach dem Orte und rief die Männer beim Namen, aber er erhielt keine Antwort. Nun stand er an der Stelle und das Licht des Mondes brach schwach durch den Regen; seine bleichen Strahlen fielen auf zwei ausgestreckte Gestalten — der eine der beiden Männer lag auf dem Rücken, seine verzerrten Züge nach oben gewandt, der andere auf seinem Gesicht. Neben ihnen lagen, die Beine in die Luft gestreckt, die beiden Pferde. Der Blitz hatte Roß und Reiter erschlagen, wie es in Afrika häufig vorkommt — Frank Müllers Helfershelfer waren schnell zur Rechenschaft gezogen worden.

Er selbst sah dies alles, und seinen Vollziehungsbefehl und alles andre im Entsetzen über dies sichtbare Gericht vergessend, stürzte er zu seinem Pferde zurück und sprengte wild davon, verfolgt von allen Schrecken der Hölle.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Im Schatten des Todes.

Das Schießen vom Ufer her hatte aufgehört, und John, der den Kopf nicht verloren hatte (eine etwas phlegmatische Eigenthümlichkeit der angelsächsischen Rasse), erkannte, daß, für den Augenblick wenigstens, jede Gefahr von dieser Seite her vorüber sei. Jeß lag vollkommen regungslos in seinen Armen, ihr Haupt ruhte an seiner Brust; da faßte ihn der entsetzliche Gedanke, sie könne verwundet, vielleicht schon todt sein.

„Jeß, Jeß," schrie er durch das Toben des Sturmes, „sind Sie unverletzt?"

Sie richtete ihren Kopf ein wenig auf und sagte: „Ich glaube wohl; was wird jetzt geschehen?"

„Das weiß Gott allein. Sitzen Sie still, es wird alles gut werden."

Aber in seinem Herzen wußte er, daß nicht alles gut werden würde und daß sie in der größten Gefahr schwebten, zu ertrinken. Sie wurden in ihrem Wagen auf dem hochgehenden Flusse weitergewirbelt; in wenigen Augenblicken würde wahrscheinlich der Wagen umgeworfen werden und dann —

Plötzlich stieß das Rad gegen etwas an, der Wagen neigte sich zur Seite und wurde so noch ein wenig weiter geschoben.

„Nun kommt's," dachte John, denn das Wasser ergoß sich über den Boden des Wagens. Dann kam ein Stoß und der Wagen lehnte sich noch mehr nach einer Seite.

Krach! Die Deichsel war gebrochen und der Wagen drehte sich rundum im Wasser. Sie waren an einem Felsen aufgefahren, der sich aus dem Flußbett erhob; die Gewalt der Strömung hatte die todten Pferde auf die eine, den Wagen auf die andere Seite des Felsens gerissen. So lagen sie an dem Felsen fest; die Körper der Pferde dienten als Anker und die starken Stränge aus ungegerbtem Leder bildeten das Tau; solange diese Stränge und die andern Ueberbleibsel des Geschirrs standhielten, so lange befanden sie sich in verhältnißmäßiger Sicherheit, aber natürlich wußten sie dies nicht — sie wußten überhaupt nichts mehr. Ueber ihnen raste der Sturm, um sie her tosten die aufgewühlten Gewässer des angeschollenen Flusses und der Regen stürzte zischend hernieder. Sie wußten nichts, als daß sie hilflose, lebende Atome waren, denen zwischen tobenden Wassern und rasendem Sturm von allen Seiten der unvermeidliche Tod entgegenstarrte. Hin und her wurden sie geschleudert und sie hielten sich fest umschlungen. Unterdessen kam jener furchtbare Blitz, der, ohne daß sie etwas davon bemerkten, die Mörder vor ihren Richter rief. Einen Augenblick lang ließ er die brausenden Wasser und die langgestreckten Ufer zu beiden Seiten erkennen. Er beleuchtete auch die Felsenspitze, an der sie festhingen und den Kopf eines der todten Pferde und fiel hell auf die Gestalt des todten Zulu Mouti, der auf dem Gesicht lag und dessen Arm um die Ecke des Wagens herum in's Wasser hing, so daß er eine geisterhafte Aehnlichkeit mit einem müßig Spazierenfahrenden gewann, der nachlässig seine Finger durch das Wasser gleiten läßt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verlag: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Weber & Co. Sämmtlich in Mainz.